:antifaschistische nachrichten **Nr. 7**

g 3336 5.4.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Einreiseverbot bis 2022

MÜNCHEN. Die Ausländerbehörde in München hat das 1993 verhängte Einreiseverbot für den britischen „Geschichtsrevisionisten David Irving (74) auf den 1. März 2022 befristet. Irving hatte über einen Kieler Anwalt eine Befristung des ursprünglich unbefristeten Verbots der Einreise beantragt.

Die Ausländerbehörde räumte ein, dass diese Frist „bei einer voraussichtlich langfristig andauernden Gefährdung“ entsprechend lang bemessen sein kann. Denn es sei davon auszugehen, dass Irving „unter dem Deckmantel der Forschungs- und Meinungsfreiheit weitere Recherchen im Bundesarchiv bzw. Institut für Zeitgeschichte“ durchführen werde, um diese dann für seine „revisionistische schriftstellerische Tätigkeit sowie für entsprechende Äußerungen zu verwenden“.

Irving will nun das zuständige Verwaltungsgericht anrufen.

hma ■

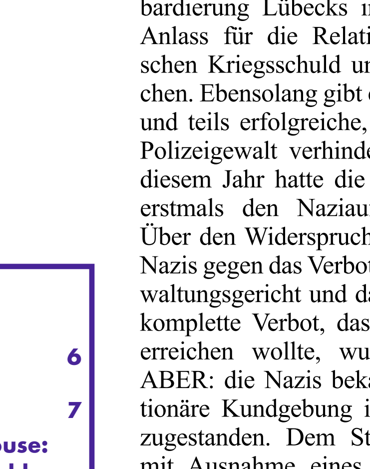


Frankfurt. Auf der bundesweiten Demonstration im Rahmen des antikapitalistischen Aktionstages „M31“ haben 6000 Menschen gegen die neoliberale und autoritäre Krisenpolitik der EU demonstriert. Zeitgleich fanden in über dreißig europäischen Städten Demonstrationen und Besetzungen statt, u. a. in Madrid, Athen, Mailand, Zagreb, Wien, Utrecht, Moskau und Kiew.

250 Meter für nur wenige Nazis

LÜBECK. Es war schon ein elendes, kleines Häuflein Nazis, was sich am31.3. in Lübeck kurz versammelt hatte, um unter Pfeifen und höhnischen Kommentaren von mindestens 2500 GegendemonstrantInnen gerade einmal 250 Meter zu „marschieren“. Lübeck hat eindrucksvoll gezeigt: hier ist kein Raum für NS-Verherrlichung. Und dies hatte offenbar direkte Auswirkung auf die Mobilisierungsfähigkeit der Nazis.

Alljährlich seit 2006 veranstalten Nazis aus dem Spektrum von NPD und Freien Kameradschaften einen sog. Trauermarsch in Lübeck. Sie nehmen die Bombardierung Lübecks im Jahr 1942 zum Anlass für die Relativierung der deutschen Kriegsschuld und der Naziverbrechen. Ebensolang gibt es massive Proteste und teils erfolgreiche, teils mit massiver Polizeigewalt verhinderte Blockaden. In diesem Jahr hatte die Stadt Lübeck nun erstmals den Naziaufmarsch verboten. Über den Widerspruch und Eilantrag der Nazis gegen das Verbot entschied das Verwaltungsgericht und dann das OVG. Das komplette Verbot, das die Stadt Lübeck erreichen wollte, wurde aufgehoben. ABER: die Nazis bekamen nur eine stationäre Kundgebung im Steinrader Weg zugestanden. Dem Stadtteil St. Lorenz mit Ausnahme eines kleinen Teils des Steinrader Wegs wurde so die braune Propaganda erspart. Das Bündnis „Wir können sie stoppen“ war mit der Mobilisierung sehr zufrieden: Kurz nach dem Auftakt auf dem Markt hatten sich zwischen 2500 und 3000 Nazi-Gegnerinnen und -gegner der ‚Wir können sie stoppen‘-Demo angeschlossen. Das ungemütliche Wetter war wohl schuld, dass an den beiden Punkten der „akustischen Blockade“ (Ziegelteller und St.-Lorenz-Kirche) sich sich etwas weniger Leute aufhielten. Nichts desto trotz: Auf einen Nazi kamen über 20 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Den Nazis gelang es nicht, mehr als maximal 120 Gestalten in Lübeck zu versammeln. Ihre Kundgebung dauerte gerade einmal eine Stunde, dann zogen sie schon wieder ab. Ein Teil von ihnen – exakt 25 (!) – begab sich noch nach Plön und demonstrierte – auch dort von lautstarken Protesten begleitet – ihre Schwäche.



Den Lautstärke-Wettbewerb zu gewinnen, war auch aus anderen Gründen kein Problem: der Nazi-Lautsprecherwagen kam nicht in den Steinrader Weg, weil die Zugänge von Antifaschisten abgeriegelt waren. Zudem ging er auch noch kaputt, da ein völlig panischer Fahrer beim Anblick einiger AntifaschistInnen so hektisch den Nazi-Lautsprecherwagen zurücksetzte, dass er ein anderes Fahrzeug rammte... Die Reden der Nazis im Steinrader Weg mussten dann über ein kleines Handmegaphon gehalten werden!

Quelle: www.wirkoennensiestoppen.de ■

Inhalt:

Neue wirtschaftsrechte Formierungen 6
Auszug aus dem Buch „Das Braune Netz“ 7
Nach den Morden in Toulouse: Auswirkungen auf den Wahlkampf in Frankreich 9



Strafbefehl gegen Mannheimer

Heilbronn. Im April vergangenen Jahres erschien ein „Aufruf zum Allgemeinen Widerstand gemäß Art. 20 Abs.4 Grundgesetz" des Heilbronners Michael Mannheimer XXXX (Pseudonym von Karl-Michael Merkle) auf der Internetseite der rassistischen „PI-News". Nun hat das Amtsgericht Heilbronn dem Verfasser des Textes einen Strafbefehl in Höhe von insgesamt 2500 Euro wegen Volksverhetzung zugestellt. In seinem Appell dämonisiere dieser den Islam pauschal als „menschenfeindlichen Faschismus" und verunglimpfe ihn als den „schlimmstmöglichen Feind für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit". Das Gericht wirft Mannheimer vor, „zum Hass gegen eine religiöse Gruppe aufgestachelt" und „zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie aufgefordert" zu haben. Der Verfasser des diffamierenden Textes, der laut „PI-News" „viel im Ausland unterwegs" ist, „um dort Vorträge zu halten", und „für seine Studien… bereits über 80 Länder bereist" hat, hat gegen den Strafbefehl Widerspruch eingelegt. *hma* ■

Jahrestagung von „Die Wende"

Wernigerode. Der Verein „Die Wende", Aktion „zur geistig-kulturellen Erneuerung Deutschlands aus seinen christlichen Wurzeln", will seine diesjährige Jahrestagung vom 1. bis 3. Juni in der Familienferienstätte Huberhaus in Wernigerode durchführen. Als Referenten auf der Tagung, die unter dem Thema „Die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte – eine Gefahr für Christen ?" stattfindet, werden Prof. Dr. Harald Seubert (Erlangen), Präsident des „Studienzentrum Weikersheim" und „Junge Freiheit"-Autor, Prof. Dr. Konrad Löw (Baierbrunn), 2004 Interviewpartner der „National-Zeitung", und Dr. Helmut de Craigher (Stuttgart) angekündigt. Angefragt ist auch Birgit Kelle, Kolumnistin der „Jungen Freiheit" und Vorsitzende von „Frau 2000plus". *hma* ■

Forderung nach einem „Thor Steinar" Verbot im Landtag

Sachsen. Aus den Reihen der sächsischen SPD kommt im Zuge einer Diskussion um einen neu eröffneten „Thor Steinar"-Laden in Chemnitz der Vorschlag, in Zukunft ein Verbot der vor allem in der rechten Szene beliebten Kleidungsmarke im Sächsischen Landtag durchzusetzen. Anlass war der inzwischen geänderte Name des neuen Ladens am Brühl in Chemnitz, der an den norwegischen Nazi Anders Behring Breivik erinnert haben soll. Als Konsequenz daraus, soll nach den Vorstellungen des Landtagsabgeordneten Henning Homann (SPD) in Zukunft ähnlich wie in den Landtagen von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern das Tragen bestimmter rechter Kleidungsmarken verboten werden.

In einem offenen Brief forderte Homann Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) dazu auf, Personen mit Kleidung der besonders in rechten Kreisen beliebten Modemarke „Thor Steinar" in Zukunft den Zutritt zu verweigern. So hätten in der letzten Zeit immer wieder Besucherinnen und Besucher des Landtags Produkte der Marke getragen und damit ein „klares Bekenntnis" zur rechten Gesinnung zur Schau gestellt. In den Augen von Homann sei dies ein „Verstoß gegen die Würde des Hohen Hauses". Die Verwaltung des Sächsischen Landtages selbst lehnte den Vorstoß ab und begründete die Entscheidung damit, dass Personen, die Kleidung mit „antidemokratischen Bezügen" tragen, ohnehin keinen Zutritt erhielten.

Quelle: http://de.indymedia.org ■

Gedenkort Hotel Silber gründet Verein

Stuttgart. Nach vier Jahren, in denen sich die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber für den Erhalt der ehemaligen Gestapo Zentrale Württembergs in der Dorotheenstraße 10 einsetzte, folgte nun die Gründung eines Vereins. Der Verein „Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V.i.G." hielt seine Gründungsversammlung am 20.3.2012 in den Räumen des Stadtjugendrings Stuttgart ab.

Die Aufgaben des Vereins werden im Vereinszweck festgehalten. Hier heißt es: „Der Verein setzt sich ein für die Gründung, Gestaltung und Weiterentwicklung eines Lern- und Gedenkortes Hotel Silber in der ehemaligen Gestapo-Leitstelle Württemberg/ Hohenzollern. Dieser Lern- und Gedenkort soll eine vertiefte Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte des ehemaligen Landes Württemberg-Hohenzollern und der Stadt Stuttgart sowie mit deren Vorgeschichte und Nachwirkungen bis heute ermöglichen. … Der Verein engagiert sich für die Zusammenarbeit des Lern- und Gedenkortes Hotel Silber mit Gedenkstätten und Gedenkstätten-Initiativen an anderen Orten, insbesondere im Wirkungsbereich der ehemaligen Gestapo-Leitstelle Württemberg- Hohenzollern."

Der frisch in sein Amt gewählte Vorsitzende Stingele erläuterte die kommenden Aufgaben des Vereins. „Nachdem das Land den Erhalt des Gebäudes gesichert hat, ist nun die Stadt in der Pflicht, ihren Anteil an einem lebendigen Lern- und Gedenkort in der Dorotheenstraße beizutragen. Wir werden die Stadt hier höflich aber bestimmt auf ihre Verantwortung hinweisen."

In den nächsten Wochen wird der Verein versuchen, viele Mitglieder zu gewinnen. Die meisten der Organisationen, die bisher die Arbeit der Initiative unterstützt haben, haben ihre Mitgliedschaft in Aussicht gestellt.

Kontakt: info@hotel-silber.de ■

Breites Bündnis „Bonn stellt sich quer" gebildet

Bonn. Für den 1. Mai rufen Gruppen der als extrem militant geltenden autonomen Nationalisten und andere rechtsextreme Kameradschaften zu einer zentralen Demonstration in Bonn am 1. Mai auf.

Anlässlich dieser dreisten Provokation der Nazis haben ca. 100 Vertreter von Organisationen ein breites Bündnis aus Friedensbewegungen, antifaschistischen Gruppen, Occupy Bonn, Attac, Bonner Jugendbewegung und der Interventionistischen Linken über Erwerbsloseninitiativen, Migrantenorganisationen und Bildungsstreikaktive bis zu Vertretern von Gewerkschaften, Linksjugend [´solid], der Grünen Jugend, Junge Union, Jusos

und Vertretern von der Partei DIE LINKE, CDU, SPD, Piratenpartei und den Grünen gegründet.

Mit dabei waren Ingo Degenhardt als DGB-Vorsitzender Bonn-Rhein-Sieg, ehemalige Landtagsabgeordnete aus SPD und der Partei DIE LINKE sowie zahlreiche Bonner Bürgerinnen und Bürger. ‚Als Konsens wurde vereinbart, dass die DGB-Demo- und Kundgebung, das internationale Maifest und geplante Blockade eine Einheit bilden und sich gegenseitig aktiv unterstützen. Neben der Verhinderung des Aufmarsches wird zudem ein richterliches Verbot der Nazidemonstration angestrebt. Zentral ist in dieser Hinsicht die Annahme, dass mindestens einer der Anmelder im Zuge der Großrazzia im so genannten „Braunen Haus" in Ahrweiler und der bundesweiten Verhaftungswelle von kriminellen Neonazis des „Aktionsbüro Mittelrhein" verhaftet wurde. Dies zeigt, dass der geplante Aufmarsch in direktem Zusammenhang mit militanten Nazigruppen zu sehen ist.

„Es ist kein Zufall, dass nach Absage der Demonstration der Neonazis in Dortmund jetzt ausgerechnet Bonn ausgewählt wurde" sagte Daria Driefer, Aktivistin, Occupy-Bonn „denn wir wissen, dass die Nazis in jüngster Zeit insbesondere in den ländlicheren Gebieten südlich von Bonn und im Gebiet um Aachen massiv unter Jugendlichen werben und ihre menschenfeindlichen Parolen verbreiten. Dabei machen sie sich die Perspektivlosigkeit der Menschen zunutze und verbreiten Fremdenhass."

„Laut der rassistischen Hetze der Nazis sollen EU-Mitglieder wie z. B. Griechenland, Spanien und die hier lebenden Migranten Schuld an unserer Arbeitslosigkeit und der Eurokrise sein. Solchen Einstellungen treten wir entgegen und werden zusammen mit unseren vielen migrantischen Freundinnen und Freunden in Bonn dafür sorgen, dass Nazis nicht einen Millimeter weit für ihr Anliegen demonstrieren können", so Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland.

„Bonn stellt sich Quer", unter diesem Namen bildete sich bereits 2008 ein Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 12. Juli 2008 in Bonn-Duisdorf, das damals tausende AntifaschistInnen auf die Straße brachte. Unter dem selben Motto sind am 1. Mai dieses Jahres alle BürgerInnen Bonns und der umliegenden Städte aufgerufen, gemeinsam den Aufmarsch der Nazis zu verhindern.

Infos unter: www.bonn-stellt-sich-quer.de, www.erwerbslosenforum.de ■

Mageres Ergebnis für NPD im Saarland

1,2 % der Stimmen entfielen bei den Landtagswahlen im Saarland am vergangenen Wochenende auf die rechtsextreme NPD. Gegenüber den letzten Landtagswahlen 2009 (1,5 %) verloren die Neonazis weiter an Zustimmung. NPD-Landesvorsitzender Frank Franz schien nichts anderes erwartet zu haben und legte bereits einige Tage vor der Wahl sein Amt nieder. Frank Franz, der 2011 in den NPD-Bundesvorstand gewählt wurde, beschwert sich im Interview in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" über den öffentlichen und medialen „Gegenwind", der ein besseres Wahlergebnis verhindert hätte: „Seit Monaten wird in unerträglicher Weise gegen die NPD gehetzt. Ständig werden wir in der Öffentlichkeit in die Nähe von Verbrechern gestellt. Zudem die Verbotsdebatte - ohne Grundlage."

1,2 % reichen allerdings für die Erstattung der Wahlkampfkosten. Somit fließen auch im Saarland wieder Steuergelder direkt in die Kasse der Neonazis.

Quelle: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/ ■

Rechtspopulismus stoppen – Kein Geschäft mit der Angst in Mannheim

Das Bündnis Mannheim gegen Rechts veranstaltete am Samstag, den 10. März, den vierten Kongress gegen Rechts. Mit 130 Teilnehmer_innen stieß der Kongress auf sehr hohes Interesse. In drei Vorträgen beleuchteten die Referenten sehr informativ die verschiedenen Facetten des Rechtspopulismus. So wurde die Politik des Rechtspopulismus als Versuch eingeschätzt, die alte rassistische Ausgrenzungs- und „Ausländeraus"-Politik zu modernisieren, um sie in der Mitte der Gesellschaft akzeptabel zu machen. Diese modernisierte Form rechter Politik ist in vielen Ländern Europas insbesondere bei Wahlen durchaus erfolgreich. In Deutschland können solche Wahlerfolge bisher nicht erzielt werden, so Alexander Häusler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf. Trotzdem gebe es in Deutschland eine sehr große Verbreitung von rechtspopulistischen Einstellungen, die hier aus verschiedenen Gründen bisher nicht zu einer Wahl von rechtspopulistischen Parteien führe. Dies liege einerseits daran, dass es keine Partei gibt, deren Wahl erfolgversprechend ist. Andererseits werden solche Positionen in bestimmten Boulevardmedien ausreichend bedient. Häusler kennzeichnete den vom Rechtspopulismus vorgetragenen rassistischen Angriff auf den sogenannten Islamismus als Politikschablone, die sich eigentlich gegen eine offene Gesellschaft richtet, die in der Regel mit dem Kürzel „Multi-Kulti" umschrieben wird.

Auch in der Rhein-Neckar-Region gibt es Parteien, Gruppen und Organisationen der rechtspopulistischen Bewegung wie beispielsweise die Partei „Die Freiheit", die selbsternannte „Bürgerbewegung Pax Europa" oder der Internet-Blog PI-News. Ihre Akteure sowie ihre politische Strategie stellten die Referenten des Ak Antifa aus dem Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" eindringlich dar. Interessant ist hierbei auch, dass führende Vertreter_innen der regionalen Rechtspopulisten in Einrichtungen der Stadt arbeiten oder ausgebildet werden. So absolviert Emil Kahlmann, Mitglied der PI-Gruppe Rhein-Neckar, ein Praktikum im Mannheimer Nationaltheater, sein Vater unterrichtet an der Abendakademie Mannheim.

Die Podiumsdiskussion am Ende des Kongresses verdeutlichte noch einmal die Notwendigkeit über Rechtspopulismus zu informieren, um weiterhin gemeinsame Gegenstrategien gegen die öffentliche Zurschaustellung von Rassismus zu entwickeln. Wenn die Rechtspopulist_innen von PI-News oder Pax Europa in diesem Jahr wieder versuchen werden, ihre rassistische und menschenfeindliche Propaganda in die Mannheimer Öffentlichkeit zu tragen, werden wir als Bündnis wiederum gemeinsam und entschlossen Widerstand leisten.

Kontakt: info@ mannheim-gegen-rechts.de

Bündnis Mannheim gegen Rechts ■

Demonstration gegen Naziaufmarsch am 2. Juni

HAMBURG. Am 2. Juni 2012 wollen Nazis aus NPD, Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten unter dem rassistischen Motto „Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“ durch Hamburgs Innenstadt marschieren. Am 14.3.2012 fand ein weiteres großes Treffen der Zivilgesellschaft mit, wie schon beim Treffen davor, rund 80 Vertreterinnen und Vertreter aus Hamburger Gruppen, Initiativen, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften und Parteien statt. Auf diesem Treffen wurden die Planungen des Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) gegen den Nazi-Aufmarsch wie folgt konkretisiert:

1. Es soll Blockaden gegen den Nazi-Aufmarsch geben. Dazu wurde ein Blockade-Konsens, der für alle Beteiligten gilt, vorgestellt. Darin heißt es: Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Nazi-Aufmarsch. Von uns geht dabei keinerlei Eskalation aus. Unsere Massenblockaden sind Menschen-Blockaden. Wir sind solidarisch mit Allen, die mit uns das Ziel teilen, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Dieser Konsens soll die Sicherheit aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Blockaden sicherzustellen.

2. Für Menschen, die nicht an der Blockade teilnehmen wollen, hat das HBgR eine Demonstration unter dem Tenor „Den Naziaufmarsch stoppen! – Internationale Solidarität statt völkischer Wahn“ mit folgender Route angemeldet: 9.30 – 10.00 Gerhard-Hauptmann-Platz (Auftakt), Mönckebergstr., Bergstr., Große Johannisstr., Großer Burstah, Graskeller, Stadthausbrücke (Zwischenkundgebung ehem. Gestapo-HQ), Große Bleichen, Jungfernstieg, Gänsemarkt (Zwischenkundgebung), Dammtorstr., Dammtordamm, Dag Hammerskjöld-Platz (Abschluss).

3. Daneben wurden entlang der Demonstrationsroute Kundgebungsorte angemeldet: Gerhard-Hauptmann-Platz, Ratshausmarkt, Stadthausbrücke (vor ehem. Gestapo-HQ), Gänsemarkt, Dammtordamm (vor Kriegsklotz). Diese Kundgebungsorte sind durch zivilgesellschaftliche Organisationen nutzbar. So ist vorstellbar, dass der Kundgebungsplatz auf dem Rathausmarkt durch die Bürgerschaftsparteien, der Kundgebungsort Stadthausbrücke vor dem ehem. Gestapo-HQ durch das Auschwitz-Komitee, der VVN-BdA oder durch die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätte Neuengamme genutzt werden.

4. Darüber hinaus hat das HBgR unter dem Tenor „Kein Platz für Nazis“ den gesamten Innenstadtbereich angemeldet, um Menschen und Organisationen die Gelegenheit zu geben, innerhalb eines gesetzlich geschützten Bereiches des Versammlungsrechtes unter dem Dach des HBgR und mit Bezugnahme auf den Tenor eigenständig Aktivitäten zu entfalten: Dieses kann gehen von öffentlichen Diskussionen mit der Nachbarschaft über Kleinkunst bis hin zu Lichter- bzw. Menschenketten und eigenen kleineren Kundgebungen.

5. Auf dem Treffen wurde erneut für die Unterzeichnung des Aufrufes des HBgR geworben. Ebenfalls wurde dafür geworben, dass die Unterzeichner und darüber hinaus im gesamten Monat Mai eigene Veranstaltungen durchführen.

Bereits auf diesem Treffen wurde eine Vielfalt und Buntheit zur Werbung für die Teilnahme an Aktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch deutlich. So plant z. B. die Marathon-Abteilung des FC St.Pauli für den 1.6. einen Rundlauf um die Alster, so werden im Stadtteil Winterhude Unterschriften gegen den Nazi-Aufmarsch gesammelt. Alle an dem Treffen beteiligten Organisationen verbindet, trotz Unterschiedlichkeit zu Themen der Tagespolitik, eines: Hamburg ist kein Platz für Nazis!

Hamburger Bündnis gegen Rechts, Hamburg 19. März 2012 ■

Kampagne „Switch Off! Weg mit dem Nazisounddreck!“ gestartet

Tief in der ostsächsischen Provinz, in Rothenburg O.L., hat sich seit mehreren Jahren eine der wichtigsten sächsischen Austragungsorte für Neonazi-Konzerte etabliert: die ehemalige Gaststätte „Zur Deutschen Eiche“ im Ortsteil Geheege. Eigentümer und Betreiber der Location ist Steffen Hentschel. Er ist gleichzeitig, wenn auch weitgehend inaktiver, Stadtrat in Rothenburg O.L.. Ende 2011 trat er aufgrund interner Differenzen aus der NPD aus.

„Die ‚Deutsche Eiche‘ im OT Geheege ist ein regelmäßiger lokaler Treffpunkt, aber auch ein bundesweiter Anlaufpunkt für Neonazis. Außerdem stellt sie einen unbehelligten Rückzugsort für überregionalen, ja sogar internationalen Austausch neonazistischer Gruppen dar. Damit hat Steffen Hentschel es geschafft, in Ostsachsen einen der wichtigsten bundesweiten Anlaufpunkte für Nazis aller Couleur zu etablieren. Anfangs regte sich noch öffentlicher Protest einiger Bürger_innen, der nach kurzer Zeit in Akzeptanz und Normalisierung überging.

Seit Frühling 2009 fanden mindestens 40 Konzerte statt. Dabei schwankte die Besucher_innenzahl zwischen 80 bei propagandistischen Liedermacherabenden und 1400 Nazis bei neonazistischen Großveranstaltungen, wie am 12.11. 2011, als die Neonazigröße Lunikoff mit seiner Band ein Solidaritätskonzert für den verurteilten SS-Kriegsverbrecher Erich Priebke gab.“ so Antonio Ziegler von der Kampagne „Switch Off! Weg mit dem Nazisounddreck!“.

Das Ziel der jetzt gestarteten Kampagne wird deutlich benannt. „Wir werden über die nicht hinnehmbaren Zustände in Ostsachsen berichten. Den Normalisierungszustand aufbrechen, den öffentlichen Diskurs um das Nazisounddreckzentrum wieder beleben und aufrechterhalten und der Nazilocation ‚Zur Deutschen Eiche‘ ein längst überfälliges Ende bereiten!“



In der Öffentlichkeit wollen die Menschen, die hinter der Aktion stecken, die Gesellschaft sensibilisieren, denn derartige Freiräume für Nazis dienen nicht nur der Vernetzung neonazistischer Gruppen, von denen es in Ostsachsen mehr als genug gibt, sie haben auch eine enorme finanzielle Bedeutung für die Strukturen vor Ort. Besorgniserregend ist aber auch die infrastrukturelle Unterstützung regionaler Betriebe wie Taxiunternehmen, die als Shuttle-Service dienen oder Getränkelieferanten, die seit Jahren nichts Verwerfliches an der Unterstützung menschenverachtender Ideologien sehen.

Am 28. April findet im Görlitzer Studentenclub „Basta“ eine Soliveranstaltung für die Kampagne statt. Ab 20 Uhr gibt es einen Vortrag der Kampagne „Switchoff! Weg mit dem Nazisounddreck!“.

„Wer sich einbringen will, um die „Deutsche Eiche“ zu schließen, kann uns dort einfach ansprechen.“, so Ziegler. Im Anschluss gibt es eine Versteigerung und ein Konzert mit „Sookee“, bekannt für emanzipatorischen Rap aus Berlin und der bekannten Rostocker Band „Feine Sahne Fischfilet“.

Die Einnahmen daraus kommen umfänglich der Kampagne, die unter der Internetseite http://switchoff.blogsport.de zu finden ist, zugute.

Jens Thöricht ■

Rund 600 Demonstrantinnen und Demonstranten zogen am 16. März vom Benediktinerplatz über die alte Rheinbrücke durch die Konstanzer Innenstadt. Bei der Abschlusskundgebung auf der Marktstätte forderten Rednerinnen und Redner aus Kreisen der Gewerkschaften, der Politik, der Kultur und antifaschistischer Organisationen dazu auf, gegen faschistische Propaganda und Gewalttaten Stellung zu beziehen.

Konstanz setzt Zeichen gegen rechte Gewalt



Harsche Kritik gab es für das Verhalten der Behörden, namentlich des Verfassungsschutzes, im Umgang mit Neonazis. „Wer Linken mit Totschlagargumenten begegnet und gleichzeitig Totschläger von rechts ignoriert, der macht sich mitschuldig. Annähernd 200 Menschen sind seit der Wiedervereinigung politisch motivierten Morden Rechtsradikaler zum Opfer gefallen.

Nein, wir dürfen nicht wegschauen, sondern wir müssen hinschauen und aktiv werden“, so beispielsweise Margrit Zepf, stellvertretende Geschäftsführerin der Gewerkschaft Verdi im Bezirk Schwarzwald-Bodensee. Besonders bewegend der Auftritt von Zahide Sarikas, Konstanzer Bürgerin mit kurdischen Wurzeln und im letzten Jahr Landtagskandidatin der SPD. Sie war im Wahlkampf vermutlich von einem Neonazi überfallen und schwer verletzt worden. Seitdem ringt sie darum, in ein normales Leben zurückzufinden. Sie sprach von den Ängsten, die sie seit dieser Gewalttat hat, aber auch von ihrer Entschlossenheit, weiterhin in Konstanz leben zu wollen. Niemand werde als Rassist geboren, so Zahide Sarikas, deshalb sei es entscheidend, Kinder in der Familie und in der Schule zu Toleranz und Solidarität zu erziehen.

Alle Rednerinnen und Redner waren sich darüber hinaus einig, dass die NPD endlich verboten werden muss, gerade angesichts der über Jahre begangenen Mordtaten von Nazis aus dem Umfeld dieser faschistischen Partei.

Linke Konstanz ■



Demonstration gegen rechte Gewalt in Delitzsch

Am Sonntag, 25.3.2012 demonstrierten in Delitzsch (Landkreis Nordsachsen) 250 Menschen gegen Nazis. Die Demonstration war eine Reaktion auf den gewalttätigen Nazi-Übergriff im Anschluss an ein Ska-Konzert am Wochenende davor in Delitzsch. Dabei waren zwei Menschen verletzt worden, einer davon so schwer, dass er wahrscheinlich auf einem Auge nie wieder sehen werden kann. Die Nazis hatten den Veranstalter des Ska-Konzertes erkannt und waren auf ihn und seine BegleiterInnen losgegangen. Der Betroffene ist ihnen ein Dorn im Auge, denn er positioniert sich mit seinen Kulturveranstaltungen eindeutig gegen Nazis. „Die alltägliche Bedrohung durch Nazis, die unter anderem nicht-rechte Menschen in sächsischen Orten zu spüren bekommen, ist unerträglich.

Noch unerträglicher ist allerdings die Reaktion der Delitzscher Stadtpolitik, die einem Betroffenen des Übergriffs unmissverständlich zu verstehen gegeben hat, dass er selbst schuld sei, wenn er sich öffentlich gegen Nazis positioniere.“ so die OrganisatorInnen der Demonstration.

Die Menschen, die sich am Sonntag mit den Betroffenen solidarisierten, ließen sich auch durch die massive Präsenz von Nazis nicht einschüchtern, die sich in der Stadt versammelt hatten und immer wieder versuchten, die antifaschistische Demonstration zu stören. In verschiedenen Redebeiträgen wurde diese rechte Hegemonie thematisiert.

Die Ska-Band „Die Tornados“ forderte von der Stadtverwaltung endlich tätig zu werden, indem sie beispielsweise alternative, nicht rechte Jugendkulturen fördern solle, statt diese auch noch zu behindern.

Am Ende der Demonstration kam es zu einem skandalösen Zwischenfall. Ein Polizeibeamter, der auch bei anderen Gelegenheiten schon durch gewaltsame Übergriffe aufgefallen ist, ging brutal gegen einen der Ordner der Demonstration vor. Es handelte sich hierbei um den Veranstalter des Konzertes am vergangenen Wochenende. „Wir verurteilen das Vorgehen der Polizei aufs schärfste. Der sinnlose Zugriff der Beamten ist ein weiterer Schlag ins Gesicht des Betroffenen, der mit den Folgen des Naziübergriffs und der Ignoranz und den Anschuldigungen der Stadtpolitik sowieso schon genug zu kämpfen hat.“

Die massive Präsenz der Neonazis während der Demonstration war offensichtlich ein Versuch die eigene Hegemonie aufrechtzuerhalten. Störungen des von ihnen dominierten Normalzustandes, wie Konzerte, die sich klar gegen rechts positionieren oder antifaschistische Demonstrationen, zeigen das Ausmaß der Zustände in Delitzsch. Doch die sonst alltäglich herrschende „Friedhofsruhe“ darf eben nicht mit „sozialem Frieden“ verwechselt werden, wie dies der Oberbürgermeister der Stadt noch letzte Woche tat. Es gilt, hier anzusetzen und immer wieder gegen die rechte Dominanz zu intervenieren. Das Bedrohungsszenario für die Betroffenen darf in dieser Art und Weise nicht alltäglich bleiben!

Pressemitteilung des Antifaschistischen Netzwerks Leipziger Land ■

Neue wirtschafts-rechte Formierungen

Gegen die verschiedenen „Rettungsschirme“ gibt es auch rechtsgerichteten Protest. Bei dieser Art Kritik steht die Sorge um eine möglichst effektive Verwendung „deutschen Geldes“ im Vordergrund – die Lebensbedingungen in Südeuropa spielen keine Rolle. Man dürfe schlechtem Geld kein gutes hinterherwerfen, oder: Die Euro-Zone wandele sich von einer Währungs- in eine Transferunion, lauten die Argumente. Aus dieser Motivation votierten am 27. Februar etliche FDP- und Unionsabgeordnete mit „Nein“ zur Griechenland-Hilfe.

Verschiedene Gruppierungen sind darum bemüht, diese populistische Kritik an der deutschen Außenpolitik in stichhaltige Erklärungen zu fassen oder entsprechende bürgerliche Zusammenschlüsse zu initiieren. Etwas einflussreicher ist dabei die sog. „Bogenberger Erklärung“. Für Griechenland, aber auch für Portugal, Spanien, Irland und Italien hat sie das alte Rezept parat: Diese Länder müssen *„die Löhne und Preise im Vergleich zu den Wettbewerbern“ senken. Helfen könne nur „eine Politik der restriktiven Rettung, die die öffentlichen Mittel an überschuldete Länder knapp hält, eine Korrektur der fehlerhaften Preisstrukturen bewirkt und Konkurse bei Ländern zulässt“.*

Unterzeichnet ist diese Erklärung von gut 20 hochrangigen Wirtschaftsführern, formuliert wurde sie unter Leitung von Prof. Hans-Werner Sinn, vor dem beim Thema Euro-Krise kein Fernsehmikrophon sicher ist. Um diese Erklärung versucht sich ein „Bündnis Bürgerwille“ zu bilden als einer überparteilichen Sammlungsbewegung für die skizzierte aggressive Politik. Den Aufruf dieses Bündnisses haben ebenfalls um die 20 Personen erstunterzeichnet, unter ihnen Thilo Bode, ehemals Greenpeace, jetzt Foodwatch, oder Georg Milbradt, ehemaliger Ministerpräsident Sachsens.

Eine weiterer ähnlich ausgerichteter Zusammenschluss nennt sich „Aktionsbündnis Direkte Demokratie – Gegen den Euro-Rettungswahnsinn“, nach Eigenauskunft ebenfalls eine „überparteiliche und überkonfessionelle Bürgerbewegung“. In ihr sind nicht Einzelpersonen, sondern Vereine und Parteien zusammengeschlossen. Die „Partei der Vernunft“ (die bei der NRW-Wahl antreten möchte), die „Deutsche Demokratische Partei“ und die „Freie Union“ eint ihre Verklärung des Mittelstands zum „Rückgrat“ eines funktionierenden Staates. Das Recht auf Eigentum sowie geringe oder gar keine Steuern sind ihr gemeinsames Anliegen.

Dieses marktschreierische „Aktionsbündnis“ ruft zu einer Demonstration am 31. März in Karlsruhe auf: „Der ESM: Das Ende unserer Demokratie, unseres Rechtsstaates und unserer Selbstbestimmung!“ Von den anderen Sammlungsversuchen will sich das „Bündnis“ durch eine besonders geharnischte Beschimpfung der etablierten Politik unterscheiden. So wird z. B. behauptet, die BundesbürgerInnen würden „in die Schuldsklaverei verkauft“, oder „die Politik“ wird „des Putsches gegen die eigene Verfassung“ bezichtigt.

Ziel: Stärkung Deutschlands

Schon bei der FDP-Mitgliederbefragung fiel auf, dass die rechten GegnerInnen der deutschen Euro-Strategie über ein trotziges „Nicht-mit-unserem-Geld“ und dem Wunsch nach einem noch brutaleren Umspringen mit den Schuldnerländern kaum hinaus kamen. Auch die „Bogenberger Erklärung“ skizziert keine Alternativen zur derzeitigen Politik. Ihr Ziel ist nämlich das gleiche wie das der Bundesregierung, der maximale wirtschaftliche Vorteil für Deutschland und seine Unternehmen. Dafür verlangen sie eine noch bedingungslosere Durchsetzung deutscher Interessen in der EU.

Wo sie so populistisch wie kontrafaktisch zunächst behaupten, Deutschland sei keineswegs „der Gewinner des Euro“, scheint zum Schluss durch, dass ihnen bewusst ist, dass ein Ende des Euros insbesondere für die deutsche Wirtschaft von erheblichem Nachteil wäre (Exporteinbruch, ausstehende Targetsalden, Mithaftung für EZB-Anleihen).

Diese Trüppchen unterscheidet von den bisherigen Parteiaufbauversuchen rechtspopulistischer Machart nicht lediglich ihr überparteilicher Anspruch, sondern sie fordern – anders als „PRO“ oder „Freiheit“ – weder die DM wieder einzuführen noch einen deutschen Austritt aus der EU. Der Euro soll weiterhin die Kassen des Exportweltmeisters klingeln lassen. Nur seine Unkosten ist man nicht zu tragen bereit.

Welche Wirkung in der öffentlichen Debatte diese Aufrufe und Zusammenschlüsse tatsächlich entfalten können, bleibt abzuwarten, wie auch die Frage nach ihrer Langlebigkeit.

„Bogenberger“, „Bürgerwillige“ oder „Aktionsgebündelte“ sind genauso wenig ein Störfaktor in der deutschen Politik wie die AbstimmungsdissidentInnen aus CDU und FDP, sondern sie tragen dazu bei, dass deutsche Kapital-Interessen im Inland popularisiert und als alleinige Richtschnur politischen Entscheidens anerkannt werden. Die Bundesregierung wird sie benutzen, um ihre Wünsche in den EU-Gremien mit dem Hinweis auf die heimische Stimmungslage, auf die sie Rücksicht nehmen müsse, durchzudrücken. Deutschland wird dadurch noch stärker als geschlossener Block auf den internationalen Treffen den eigenen Willen durchboxen können.

F ■

Moscheebaukonflikte

Info-und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus veröffentlicht neue Broschüre



Der Islam ist in Deutschland sichtbarer geworden. Damit haben auch die Debatten über bestimmte religiöse Symbole und Praktiken an Heftigkeit zugenommen. Besonders an Neubauten oder der repräsentativen Umgestaltung von Moscheen entzünden sich Konflikte, in denen über die Rolle des Islams und Fragen der Migrationsgesellschaft gestritten wird. Gruppierungen der extremen Rechten nutzen diese Kontroversen und instrumentalisieren sie für ihre eigenen Belange. Sie hoffen, an in der Bevölkerung verbreitete Ängste, Vorurteile und Rassismen anknüpfen zu können und forcieren deshalb die Konflikte vor Ort. Die Info-und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszen-trum der Stadt Köln hat jetzt die Broschüre „Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte" veröffentlicht. Sie arbeitet die Erfahrungen vergangener Auseinandersetzungen über den Moscheebau auf. Dabei griff die ibs auf die Erfahrungen der fünf Teams der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW zurück, die Initiativen, Parteien und Stadtverwaltungen in lokalen Problemlagen beraten. Neben Köln-Ehrenfeld stellt die Broschüre Bauprojekte aus Dortmund, Pulheim und Hamm in Westfalen vor. Sie stellen Beispiele für lokale Konfliktlagen und Strategien der extremen Rechten und erfolgreich umgesetzte Projekte dar. Der zweite Teil der Veröffentlichung enthält wissenschaftliche und journalistische Beiträge. Sie zeigen nicht nur Funktion und Wirkungsmechanismen des antimuslimischen Rassismus auf, sondern analysieren auch die Inhalte und Aktivitäten von rechtsextremen Gruppen und des Weblogs „Politically Incorrect".

Gegen eine Schutzgebühr von 3 Euro zuzüglich Porto kann die Broschüre beim NS-DOK bestellt werden, ibs@stadt-koeln.de, 0221/221-26332, www.mbr-koeln.de.

Das Braune Netz

Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer

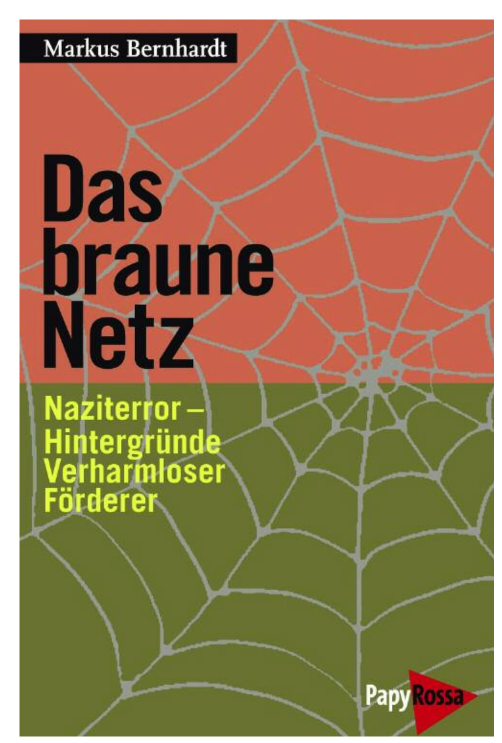
Als im November 2011 eine neofaschistische Terrorgruppe aufflog, die mehr als dreizehn Jahre lang ungehindert morden und bomben durfte, wurde ein Skandal ruchbar, der so mancher Verschwörungstheorie den Rang abläuft. Die Terroristen waren nicht etwa nur von den Strafverfolgungsbehörden nicht behelligt, sondern von den Inlandsgeheimdiensten auch noch gefördert worden. In seinem im März bei PapyRossa erschienenen Buch „Das braune Netz" leuchtet Markus Bernhardt die Hintergründe des Zusammenwirkens der Geheimdienste und militanten Neonazis aus und nennt Verharmloser, Vertuscher und Förderer beim Namen. Wird dem Treiben des braunen Netzes mit seinen Fäden bis in den Staatsapparat hinein nicht energischer Widerstand entgegengesetzt, so steht zu befürchten, dass sich die zuständigen Behörden auch künftig mit Vorliebe der Kriminalisierung von Antifaschisten widmen, während die Nazis ungestört ihr blutiges Handwerk üben. Mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages hier ein Auszug aus dem Kapitel 6:

Die Extremismustheorie – Hintergrund und Funktion einer Staatsdoktrin

Kaum ein Tag vergeht, an dem in den Medien nicht über »Extremismus« berichtet wird. Mit jedem »Verfassungsschutzbericht« wird der Begriff zur Einordnung und Bewertung von linken wie rechten »Extremismen« aufs Neue kolportiert. Der Extremismusbegriff hat sich zur gängigen Formel für alles entwickelt, was nicht einer ehrenwerten »Mitte der Gesellschaft« zugerechnet wird, von der es heißt, sie sei prinzipiell verfassungstreu und »demokratisch«. Die Stoßrichtung, die sich hinter der angeblich objektiven Sicht auf die »Gefahren des demokratischen Rechtsstaates« verbirgt, zielt vor allem auf die Isolierung antikapitalistischer und antifaschistischer Positionen. Feinde der Demokratie stehen vorrangig am linken und nicht am rechten Rand, so lautet die suggerierte zentrale Maxime. Mittels der Extremismusdoktrin setzen etablierte Politik und Medien sowie selbsternannte Extremismusexperten, die sich allesamt als gute Demokraten inszenieren, Neonazis mit ihren entschiedensten Gegnern – Antifaschisten, Radikaldemokraten, Linken, Kommunisten und Sozialisten – gleich, was sich allein schon aufgrund der deutschen Geschichte verbieten müsste.

Der Extremismusbegriff und das Hufeisen

Der Extremismustheorie liegt die Vorstellung zugrunde, dass sich das politische Spektrum entlang einer Achse gruppiert, die von links über die gemäßigte Mitte bis nach rechts reicht. Die Extrempositionen seien rechts- bzw. linksaußen angesiedelt. Die sprachlichen Wurzeln liegen in den lateinischen Wörtern »extremus« (besonders gefährlich und schlecht) und »extremitas« (äußerster Punkt).



Entsprechend dieser Einordnung werden »Extreme« als bedrohlich, polarisierend und kompromisslos empfunden – die Mitte hingegen erscheint als normal, harmonisch und ausgeglichen. »Extremismus« ist kein Rechtsbegriff, bisher findet er sich in keinem Gesetz. Dennoch wird er immer häufiger von der Exekutive, wie beispielsweise der Polizei, verwendet und von Staatsanwälten in Strafverfahren eingeführt, in denen es um politische Delikte geht. Der Begriff entstand als Kategorie zur Aufgabenstrukturierung in den bundesdeutschen Verfassungsschutzämtern. Aufgegriffen von konservativen Wissenschaftlern und Vertretern der »Neuen Rechten«, fand er ab Mitte der 1970er Jahre Eingang in die Politik- und Sozialwissenschaften, wenngleich die zugehörige(n) Theorie(n) umstritten und marginalisiert blieben.

Vor allem Ideologen aus dem Umfeld von Uwe Backes (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden) und Eckhard Jesse (TU Chemnitz) versuchen seit Ende der 1980er Jahre die Extremismustheorie im Wissenschaftsbetrieb und in der breiten Öffentlichkeit zu etablieren – seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/91 und insbesondere in den letzten Jahren aufgrund eines entsprechenden Nährbodens in der etablierten Politik mit steigendem Erfolg.

Für den Verfassungsschutz gelten Bestrebungen als »extremistisch«, »die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben«. Nach Jesse und Backes soll »politischer Extremismus« als Sammelbezeichnung für Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des Verfassungsstaates und seiner Werte und Spielregeln einig wissen. Als Grundsätze des »demokratischen Verfassungsstaates« werden von ihnen Gewaltenteilung, der Schutz der Freiheitssphäre des Bürgers, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und eine Repräsentativverfassung ausgemacht. Auch wenn es schwer verständlich scheint, soll nach Auffassung Jesses und Backes der Begriff »Radikalismus« in Abgrenzung zum »Extremismus« die angeblich feststellbaren Grenzzonen zwischen »extremistischen Bestrebungen« und demokratischem Bereich, also dem durch die demokratische Grundordnung »geschützten Rahmen«, markieren. Dabei wird ausgeklammert, dass der Begriff »Radikalismus« – von lat. radix – eigentlich das Anliegen kennzeichnet, gesellschaftliche und politische Probleme »an der Wurzel« anzugreifen und von dort aus möglichst umfassend und vollständig zu lösen. Der Begriff bezieht sich dabei durchaus auch auf die Entschlossenheit des Handelns. In der Extremismustheorie aber mit ihrer vermeintlich objektiven Skala von links nach rechts soll der »Rechts- und Linksradikalismus« dem verfassungskonformen Spektrum (noch) zuzurechnen sein. Dass über »feste Grenzzonen« zwischen »Extremismus« und »Radikalismus« Wanderungsbewegungen möglich sind, wird nicht bestritten. Nach Meinung der Extremismustheoretiker sollte eine Klassifizierung von Gruppierungen oder Parteien als verfassungskonform, radikal oder extremistisch vorrangig von den Sicherheitsbehörden getroffen werden. Diese Regel wird jedoch nur von Fall zu Fall eingehalten. So werden etwa die »Republikaner« prinzipiell als »nicht-extremistisch« bewertet, weil sie sich in ihrer Programmatik angeblich auf ein demokratisches Staatswesen berufen. Die Partei DIE LINKE wird hingegen bereits seit Jahren für »extremistisch«, »verfas- →

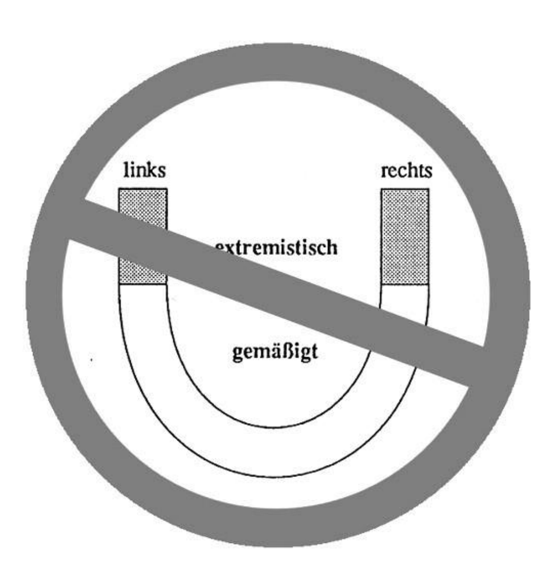
sungsfeindlich« – ein Begriff, den das Grundgesetz selbst im Unterschied zu dem der Verfassungswidrigkeit nicht kennt – und damit für gefährlich erklärt.

Backes und Jesse benutzen zur Erklärung und Vermittlung ihres Ansatzes ein einfaches und auf den ersten Blick eingängiges Modell. In diesem Hufeisen-Modell berühren sich »Extremisten« von links und rechts an den »Rändern des demokratischen Verfassungsbogens« – sie seien sich sogar »sehr nahe, brauchen einander« und »wollen vielmehr das hervorrufen, was sie so heftig attackieren.« Es wird zudem behauptet, »Rechts- wie Linksextremisten« würden sich oft gleicher Mittel bedienen, um ihre Ziele durchzusetzen. Diese Sicht spiegelt sich nicht nur in Publikationen von Backes und Jesse wider. Sie ist auch von ihren Doktoranden, der Bundeszentrale für politische Bildung und vor allem der CSU- bzw. CDU-nahen Hanns-Seidel- und Konrad-Adenauer-Stiftung breit rezipiert und propagiert worden. Die politisch motivierte Forschungspraxis weist insofern über die Problematik der Verwendung eines Extremismusbegriffs hinaus. Obgleich dieser gerade in linken Kreisen umstritten ist, verwenden ihn auch Wissenschaftler wie z. B. Richard Stöss für eine Analyse des »Rechtsextremismus« entsprechend seiner realen Erscheinungsformen, ohne jedoch Anhänger des Extremismus-Modells zu sein. Wissenschaftler wie Stöss oder auch Hajo Funke verwenden den Begriff »Rechtsextremismus« als Sammelbegriff für gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten. Damit beziehen sie im Gegensatz zu Jesse und Backes in ihre Analysen immer mit ein, dass rechtsextreme Ideologiefragmente – wie z. B. Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus usw. – von einem erheblichen Teil der Bevölkerung befürwortet werden.

Jesse hingegen bemängelt mit Blick auf eine angeblich besondere Gefahr des »Extremismus von links« eine »fehlende Äquidistanz« der etablierten Politik gegenüber dem »Rechts- und Linksextremismus«. Nicht nur, dass die Antifa mit ihrem Kampf gegen Neonazis der Anti-Antifa personell deutlich überlegen sei. Nein, aufgrund der Bildung breiter »Bündnisse gegen Rechts« – unter Einschluss von Antifa-Gruppen, der DKP, der Partei DIE LINKE, aber eben auch von Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der SPD – befinde sich das unerlässliche »antiextremistische Grundverständnis« der Mitte der Gesellschaft in der Defensive. Laut Jesse sei in Teilen des politischen Establishments der Blick nach rechts »überscharf entwickelt«, der nach links aber bedauerlicherweise oftmals »getrübt«. Der »Rechtsextremismus« sei gesellschaftlich eher bedeutungslos – in seinem »Ghettodasein« sei er mehr ein »konstruiertes Phantom« als Realität. Schleichender erfolge hingegen die »Erosion« der Demokratie durch den verkannten »linken Extremismus«, dessen »antifaschistischer Kampf« eine »self-fulfilling-prophecy rechtsextremer Gewalt« in Gang setze.

Vom Kampfbegriff zum neuen staatspolitischen Programm

Die Extremismustheorie, welcher der »originäre Extremismusbegriff« zugrunde liegt, unterstellt, der »Rechts-, Links-« und – inzwischen stärker im Blick – »Ausländerextremismus« seien Spielarten einer gegen den demokratischen Verfassungsstaat gerichteten gemeinsamen Strömung. Die »Theorie« leitet sich aus Grundsätzen der »wehrhaften Demokra-



tie« eines starken Staates ab, um »Gegner« der »freiheitlichen demokratischen Grundordnung« zu identifizieren und deren Verhalten sanktionieren zu können. Nun ist es erst einmal nicht verwunderlich, dass sich Staaten gegen ihre »Feinde«, vor allem gegen missliebige politische Strömungen, zur Wehr setzen. Zu prüfen ist also, warum bei der Identifizierung von tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern des Staates mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. Dennoch ergeben sowohl der Begriff als auch die dazugehörende Theorie aus Sicht staatlicher Behörden durchaus Sinn. Was ist also das Problem?

Deutlich erkennbar ist, dass die Extremismustheorie eine staatliche Sicht übernimmt, diese weiterentwickelt und absichert, indem sie den Behörden eine Legitimation verschafft. Grundlage für Studien von Extremismustheoretikern bilden in der Regel Berichte und Lagebilder des Bundesamtes für Verfassungsschutz und dessen Landesbehörden. Diese lassen in manchen ihrer Publikationen ihrerseits Extremismusforscher zu Wort kommen. Geheimdiensterkenntnisse sollen auf diese Weise in der Öffentlichkeit als wissenschaftlich streng »geprüft« und »bestätigt« dargestellt werden. Wissenschaftler wie Wolfgang Wippermann oder Christoph Butterwegge weisen seit Jahren darauf hin, dass die Extremismustheorie ein »politisches Instrument« ist, das vor allem von staatlichen Behörden und mit Hilfe der Medien zur Diskreditierung linker Politik eingesetzt wird. Tatsächliche »Erkenntnis« durch extremismustheoretische Erklärungen kann deshalb nicht erwartet werden. (…)

Das Extremismuskonzept ist vor allem auch deshalb zu kritisieren, weil Organisationen und Bewegungen als »rechtsextrem« oder »linksextrem« bezeichnet werden, welche sich allzu weit von einem (angeblich vorhandenen) »demokratischen Konsens« der »Mitte« der Gesellschaft wegbewegen. Deshalb verläuft die Ausgrenzung willkürlich, weil entsprechende Maßstäbe vom Selbstverständnis des Betrachters und seinen Werturteilen abhängen. Darum gibt es in der Forschung, aber auch in der öffentlichen Meinung (noch) unterschiedliche Auffassungen, welche Personen, Parteien oder Gruppen als »extremistisch« einzustufen sind. Wären Extremismustheoretiker ihren eigenen Kategorien verpflichtet, müssten z. B. die früheren Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und Wolfgang Schäuble (CDU) ganz klar als »Extremisten« identifiziert werden. Denn schließlich hatte das Bundesverfassungsgericht deren Gesetzesvorlagen mehrfach für verfassungswidrig und als Verstoß eben gegen jene »freiheitliche demokratische Grundordnung« erklärt, die im Zentrum der Extremismustheorie steht. Wenn sich also auf eine demokratietheoretische Diskussion eingelassen wird, lässt sich feststellen, dass es vor allem die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag und der Bundesrat sind, die »verfassungsrechtliche Pflichten« missachten. Mehrfach erklärten oberste Verfassungsrichter Gesetze oder Teile davon für verfassungswidrig – Beispiele sind das »Anti-Terror-Paket« von Schily, das Flugsicherheitsgesetz oder Urteile zur »Hartz-IV«-Gesetzgebung. Wo bleibt hier der Aufschrei gegen die bösen »Extremisten«?

Es ist also kein Zufall, dass je mehr die Aushöhlung verfassungsmäßiger Substanz des Staates sich durch eine zunehmend verselbständigte Exekutive »von innen« heraus vollzieht, auch die Extremismustheorie an Konjunktur gewinnt. Schließlich geht es darum, von tatsächlichen Gefahren der Aushebelung rechtsstaatlicher Prinzipien abzulenken. Die Extremismustheorie läuft daher prinzipiell auf die Unterstützung eines autoritären Staates hinaus, der Abweichungen

von der jeweils neu definierten politischen »Mitte« sanktioniert. Eine Schlussfolgerung kann deshalb nur lauten: Es ist grundsätzlich davor zu warnen, dass »Gefahren für eine Demokratie« von den »Rändern« (im Hufeisen-Modell: zwei Gegenpolen) kommen. Sie kommen in der Regel »von oben« (staatlichen Institutionen) oder direkt aus der Mitte der Gesellschaft. Genau dort entstehen sie auch, wie ein Blick in die Geschichte zeigt. Der deutsche Faschismus kam nicht allein und nicht in erster Linie wegen seiner Stärke, sondern vorrangig wegen der vorausgegangenen Schwäche der Demokratie und ihrer mangelnden Verankerung im gesamten politischen Spektrum der Weimarer Republik an die Macht. Die Schwäche der Demokratie war also weniger die Folge, sondern vielmehr eine wichtige Ursache des Aufstiegs der NS-Bewegung – ein Umstand, den Extremismus- und Totalitarismustheoretiker aus guten Gründen vernebeln wollen. (…)

Die staatsoffiziell gewünschte Durchsetzung der Extremismustheorie in Zeiten der Krise ist einmal mehr Ausdruck einer Ausgrenzung von Konzepten gesellschaftlicher Veränderung, die antikapitalistische Positionen einbeziehen. Neue Programme des Bundesfamilienministeriums unter der Leitung der CDU-Politikerin Kristina Schröder (vormals Köhler), die gegen »Linksextremismus« gerichtet sind, sowie die zunehmende Fokussierung auf »linke Gewalt« sprechen eine deutliche Sprache. Die Ansage ist klar: Unter der »schwarz-gelben« Regierungskoalition wird sich der Druck auf linke Organisationen auch zukünftig noch verschärfen. Dies schließt erheblichen Druck auch auf die Partei Die Linke mit ein. Von ihr wird gefordert, dass sie sich in den »Verfassungsbogen« zu integrieren habe. Dafür wird als notwendig erachtet, dass sie sich von der Thematisierung der Eigentumsfrage und »Schmuddel-Bündnispartnern« löst. Ein Hauptziel bleibt auch, dass die Herstellung einer breiten Akzeptanz extremismustheoretischer Ansätze garantieren soll, dass Zusammenhänge zwischen der Verschärfung der Krise sowie dem Abbau demokratischer Rechte und der damit einhergehenden Zunahme von sozialer Ausgrenzung, Nationalismus und Rassismus verschleiert werden.

*Markus Bernhardt, *1977, ist Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und lebt in Berlin. Als freier Journalist und Autor arbeitet er für verschiedene Printmedien, unter anderem für die Tageszeitung junge Welt.*

Markus Bernhardt: Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer. 117 Seiten, EUR 9,90 [D], ISBN 978-3-89438-482-1, PapyRossa Verlag, Köln 2012

Frankreich nach den Morden in Toulouse und Montauban:

Auswirkungen auf das politische Klima – und den Wahlkampf

„Die Sicherheit rückt ins Zentrum des Wahlkampfs" titelte am Montag, den 26. März die französische Gratistageszeitung Direct Matin. Sinngemäß identisch hatte schon am Freitag, den 23. März die Überschrift auf der Titelseite der Boulevardzeitung Le Parisien gelautet. Verändern die viel beachtete Mordserie im Raum Toulouse, die inzwischen als aufgeklärt gelten kann, ihre Begleitumstände und die durch sie ausgelösten politischen Diskussionen den Wahlkampf in Frankreich – knapp einen Monat vor der Präsidentschaftswahl? Diese Frage stellen sich derzeit allenthalben die Akteure und Beobachterinnen.

Eine ungesunde Tagesdosis Blei setzte am Donnerstag, den 22. März 12 in Toulouse dem Leben & dem Treiben des 23-jährigen Djihadisten Mohamed Mehra – Urheber einer jüngst verübten Mordserie in Südwestfrankreich – ein Ende.

Am Vortag hatte sich herausgestellt, dass die insgesamt sieben Morde (an drei Soldaten in Montauban und Toulouse, an drei jüdischen Kindern und einem Religionslehrer an einer jüdischen Privatschule in Toulouse, begangen am 11., 15. und 19. März) sowie weitere Mordversuche nicht auf das Konto eines Neonazis oder Neofaschisten gingen. Dies war in den Tagen zuvor vielfach angenommen worden, da alle Opfer entweder Moslems oder Juden waren. Ab 3 Uhr früh belagerten an jenem Tag Elitepolizisten der Sondereinheit RAID, die ungefähr mit der deutschen GSG9 verglichen werden kann, das Wohnhaus des jungen arbeitslosen Automechanikers Mohamed Merah.

An dessen Urheberschaft an der Mordserie kann aufgrund der vorliegenden materiellen Indizien, Hin- und Beweise kein ernsthafter Zweifel bestehen. An dieser Stelle verfügen wir nicht über den Platz, näher auf den jungen Täter und dessen mutmaßliche ideologische Motive – die im Bereich des Salafismus, einer extremen Variante der islamistischen Ideologie, angesiedelt waren – sowie psychologischen und möglichen psychiatrischen Hintergründe einzugehen. Dies taten wir an anderer Stelle, vgl. dazu ausführlich: http://www.hagalil.com/archiv/2012/03/29/nach-toulouse/ – In den folgenden Abschnitten soll es also überwiegend um die Auswirkungen der mörderischen ‚Episode' auf den französischen Wahlkampf, und insbesondere die Rolle der extremen Rechten darin, gehen.

Auswirkungen auf den Wahlkampf – neue Einwanderungspolemik

Die tödlichen ‚Zwischenfälle' spielten sicherlich objektiv dem politischen Kalkül von rechten politischen Kräften unterschiedlicher Couleur in die Hände. Gleichzeitig müssen diese ihrerseits ebenfalls Vorsicht walten lassen. Denn angesichts des Klimas, das in den ersten Tagen nach den Morden in Frankreich vorherrschte und eher von Trauer und dem Wunsch nach „nationaler Einheit gegen die Extremisten" geprägt war, drohte ein zu heftiges Vorpreschen etwa der extremen Rechten sich eventuell gegen diese zu wenden. Hätten ihre Parteigänger doch als jene, die die Einheit der Nation in Zeiten der Staatstrauer durchbrechen, dastehen können.

Ab dem Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Morde an der jüdischen Schule vom 19. März wurde der französische Wahlkampf vorläufig offiziell unterbrochen. Dabei war, wie der Pariskorrespondent des niederländischen Fernsehsenders RTL4 – Stefan de Vries – in einer Radiodiskussion am Sonntag, den 25. März richtig beobachtete, auch sehr viel Heuchelei im Spiel. Denn offiziell brachen alle größeren Parteien ihren Wahlkampf ab, inoffiziell machten sie jedoch allesamt weiter. Das Regierungslager profitierte dabei davon, dass sein Kandidat Nicolas Sarkozy als Amtsinhaber ohnehin auf allen Kanälen präsent war und seine präsidiale Funktion nutzen konnte, um sich als eine Art Vater der Nation in Zeiten der Not zu präsentieren.

Als einziger Bewerber von Gewicht setzte der Mitte-Rechts-Oppositionspolitiker François Bayrou, Kandidat der christdemokratisch-liberal geprägten Partei Modem, seine Veranstaltungen fort. Allerdings ohne Musik und Spektakel, so lange die Morde noch nicht aufgeklärt waren. Am Dienstag, den 20. März 2012 in Grenoble hielt Bayrou eine Art „Besinnungsrede", die seiner Darstellung zufolge an die Stelle einer Wahlkampfansprache treten sollte. Dabei warf er „Fragen, die die Republik sich stellen muss", auf – und konzipierte seine Ansprache ziemlich eindeutig als „Gegenrede von Grenoble". Unter Anspielung auf die Brandrede, die Sarkozy am 30. Juli 2010 in derselben Stadt hielt, gegen „ausländische Kriminalität" und für den Entzug der Staatsangehörigkeit eingebürgerter Franzosen, die kriminelle Straftaten begehen. Bayrou fragte sich, ohne explizit irgendeinen Namen zu nennen, in welchem Ausmaß „eine Politik, die Menschen und Gruppen gegeneinander ausspielt", zu den Morden habe beitragen können.

Zu dem Zeitpunkt ging man vielfach noch von einem neofaschistischen Täter aus. Viele Beobachter und Kommentatoren gaben damals Bayrou ohne zu zögern Recht. Dabei dachten sie vielfach an die Sequenz des Wahlkampfs, die den Morden

von Südwestfrankreich vorausging, als das Regierungslager im Februar und Anfang März dieses Jahres etwa die Speisevorschriften religiöser Minderheiten – Muslime und Juden – im anlaufenden Wahlkampf zum Problem erhoben hatten.

Jüdische und moslemische Religionsverbände reagierten deswegen auch mehrfach gemeinsam auf die Mordserie von Toulouse und Montauban, deren Opfer in ihrer Mehrheit diesen beiden Religionsgruppen angehörten. Bei diesem gemeinsamen Auftreten blieb es dann auch, nachdem die wahre Identität und die echten ideologischen Hintergründe des Täters bekannt geworden waren. Jüdische und moslemische Religionsvertreter wurden etwa am letzten Donnerstag gemeinsam im Elysée-Palast empfangen, und beide verwahrten sich gegen „Verallgemeinerungen" und dagegen, dass die Morde von Toulouse etwa zur Hetze gegen die moslemische Minderheit Anlass bieten könnte. Dies trug sicherlich dazu bei, dass ein Klima der „überkonfessionellen nationalen Einheit" vorherrschend blieb.

Es prägte auch die Demonstrationen, die am Wochenende des 24./25. März stattfanden. In Toulouse nahmen etwa 6000 Menschen an einem Schweigemarsch teil, in Paris zum selben Zeitpunkt 3000 bis 4000 auf Aufruf jüdischer und antirassistischer Verbände hin.

Sarkozy: Sicherheits- statt offen rassistischer Rhetorik

Zurück zu François Bayrous Kritik: Nachdem klar geworden war, dass die Taten keinen neofaschistisch-rassistischen Hintergrund hatten, reagierte Sarkozy jedoch scharf auf Bayrous Äußerungen und hielt ihm entgegen: „Wir haben in Frankreich kein solches Klima, das solche Taten erklären könnten." Mit offener Hetze gegen Einwanderer- oder religiöse Minderheitsgruppen hielt er sich jedoch ebenfalls weitgehend zurück. Stattdessen setzte Sarkozy stark auf sicherheitspolitische Ankündigungen, die jedoch von vielen Beobachtern als in der Sache unrealistisch eingestuft wurden. So kündigte er eine stärkere und intensivierte Überwachung des Internet an, und dass man „alle bestrafen" werde, „die eine Apologie des Terrorismus betreibende Webseiten besuchen". Unter deren Besuchern dürften jedoch auch viele Polizistinnen, Strategieexperten und Journalisten sein (so dass, im Falle einer Umsetzung dieses Plans, die Strafbarkeit letztlich zu einer Frage der Gesinnungsprüfung zu werden droht). Und man könnte ja auch versuchen, stattdessen lieber die Server bestimmter offen Gewalt verherrlichender Webseiten abstellen zu lassen...

Gleichzeitig rechneten Sarkozys Berater damit, das von „Sicherheitsbedürfnis" geprägte Klima und seine Aura als „Beschützer der Nation" würden den Amtsinhaber in den Umfragen schnell aufsteigen lassen: In der Sonntagszeitung JDD (Ausgabe vom 25. März) wurden Mitarbeiter Sarkozys mit der Erwartung zitiere, er werde schnell „2 bis 3 Prozent" in den Umfragen hinzu gewinnen. Zu Wochenanfang in der letzten Märzwoche blieb ein solcher stärkerer Anstieg der Umfragewerte Sarkozys jedoch aus, auch wenn Sarkozy ohnehin seit Mitte März gegenüber seinem sozialdemokratischen Herausforderer François Hollande – dessen Wahlkampfführung schwammig und passiv bleibt – an Boden gewonnen hat. Daraufhin berichtete am Mittwoch, 28. März die linksliberale Tageszeitung ‚Libération' in einer Reportage aus einer Mittelklassestadt in der Nähe von Paris – Bussy-Saint-Georges –, welche im Jahr 2007 zu glatten 60 Prozent für Nicolas Sarkozy stimmte, dort habe sein Auftreten nach den Morden von Toulouse keineswegs Zustimmung gefunden. Sicherlich auch vor dem Hintergrund der allgemeinen Enttäuschung vieler früherer Sarkozy-Wähler/innen über seine Bilanz.

Dabei wird dem Staatsoberhaupt demnach vorgeworfen, sein Versuch einer „Vereinnahmung" – récupération – der schlimmen Ereignisse für seine politischen Zwecke sei gar zu offensichtlich. Kritisiert wird aber auch ein Auftritt Nicolas Sarkozys in einer Pariser Grundschule kurz nach den tödlichen Schüssen auf jüdische Schüler in Toulouse. Dabei hatte Sarkozy seine circa achtjährigen Zuhörer/innen dramatisierend beschworen, es hätte auch sie selbst treffen können – dadurch flößte er den Kindern allerdings viel eher Angst denn irgendeine Erkenntnis oder gar Vertrauen ein…

Allerdings sind Umfragen zufolge dennoch, je nach Institut, zwischen 74 % und knapp 80 % (vgl. ‚Le Monde' vom selben Datum) der Auffassung, Präsident Sarkozy habe im Umgang mit den Ereignissen tendenziell „den richtigen Ton getroffen". Umfragespezialisten glauben dennoch nicht, dass diese Stimmungslage in anscheinend relevanten Teilen der Gesellschaften einen wichtigen Einfluss auf das Wahlergebnis ausüben könne. Dafür seien die Ereignisse für die überwältigende Mehrheit der französischen Gesellschaft zu stark örtlich konzentriert – und damit von den meisten Betrachter/inne/n aus „weit weg" –, und sie würden nicht als „auf das eigene Leben Einfluss nehmend" betrachtet (vgl. oben zitierte Ausgabe von ‚Libération').

Marine Le Pen kämpft gegen Terrainverlust

Die rechtsextreme Kandidatin Marine Le Pen hatte kurz vor den Morden von Toulouse ihrerseits an Boden verloren. In den letzten Umfragen stand sie zwischen 13 und 16 Prozent, während sie vor einem halben Jahr noch in Reichweite der zwanzig Prozent gehandelt wurde. Dazu trug unter anderem bei, dass ihr Bemühen um eine „seriöse" wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik als nicht besonders glaubwürdig ankam. Zudem macht ihr ein Kandidat erfolgreich Konkurrenz um die sozial unzufriedenen „Protestwähler": Der gemeinsame Kandidat linker Sozialdemokraten und der französischen KP, Jean-Luc Mélenchon, besetzt eine ähnliche Position im politischen Spektrum wie in Deutschland Oskar Lafontaine. Im Gegensatz zu jenem sind von Mélenchon allerdings keinerlei rassistische Sprüche über „Fremdarbeiter" (wie Lafontaine in Chemnitz im Juni 2005) und keine Folterbefürwortung (wie Lafontaine im Falle des Frankfurter Kindesentführers von 2003), sondern – trotz eines Ausrutschers gegen osteuropäische Arbeitsmigranten im Abstimmungskampf um den EU-Verfassungsvertrag 2005 – insgesamt ein klares antirassistisches Profil bekannt. Nach einer erfolgreichen Mobilisierung von 100 000 Menschen für eine Großveranstaltung in Paris am Sonntag, den 18. März auf dem Bastille-Platz konnte Mélenchon in ersten Umfragen (wo er erstmals bei 14 Prozent und darüber landete) Marine Le Pen überholen. – Eine jüngste Umfrage des Instituts LH2-Yahoo, die am Sonntag, den 01. April 2012 publik wurde, bestätigt übrigens diese Tendenz. In ihr liegt Jean-Luc Mélenchon mit nunmehr 15 % der Stimmabsichten auf dem dritten Platz unter allen Kandidat/inn/en, Marine Le Pen belegt mit einem Rückgang von zuvor 14,5 % auf nun noch 13,5 % dort jetzt den vierten Platz.

Le Pen versucht nun seit Tagen, die Morde von Toulouse politisch für sich zu nutzen; muss dabei aber aufpassen, es nicht allzu gierig und gar zu offensichtlich zu tun. So legte sie in ersten Stellungnahmen immer auch Wert darauf, die Dinge so darzustellen, dass sie keineswegs alle in Frankreich lebenden Muslime angreife – es gebe auch die Guten, die Assimilierten –, nur müsse die moslemische Minderheit sich eben entscheiden. Von Übel seien jene Strömungen, die „das Moslem- über das Franzose-Sein stellen". Denn das Problem am Salafismus – welcher tatsächlich das Nationalstaatskonzept als „unislamisch" verwirft – sei dessen sozusagen a-nationaler, internationalistischer Charakter, betonte Marine Le Pen. Auch Mohamed Merah sei sozusagen ein vaterlandsloser Geselle gewesen, da er, so Marine Le Pen wörtlich, „sich zuerst als Moslem und nicht zuerst als Franzose fühlte". Die Nation sei dagegen eine Schutz- und Schicksalsgemeinschaft, die auch jene anständigen Muslime einbeziehe, die dies wünschten. Ansonsten nutzte Marine Le Pen die „Gunst" der Stunde auch, um erneut (was allerdings zu ihren Standardthemen zählt) eine Volksabstimmung zur Wiedereinführung der Todesstrafe zu fordern. Zudem forderte Marine Le Pen von Regierung und Behörden Auskunft darüber, warum Mohamed Merah nicht früher und besser überwacht worden sei – was allerdings versucht worden war, vgl. oben zitierten

Artikel vom Verf. dieser Zeilen bei hagalil – und „argumentierte", falls in Frankreich geborene und aufgewachsene Einwandererkinder nicht „automatisch" (durch das „Bodenrecht") französische Staatsbürger würden, dann wäre Merah kein Franzose. Deswegen hätte man ihn dann nach seinen ersten Straftaten – die allerdings relativ harmlose Jugend- und Kleindelikte waren, und keinerlei Zusammenhang zu Terrorismus aufwiesen – bereits ausweisen können. Also hätte er sich zum Tatzeitpunkt nicht in Frankreich befunden...

Ferner griff Marine Le Pen scharf das Emirat Qatar an, u.a. weil dessen monarchische Regierung mutmaßlich finanzielle Beziehungen zur Regierungspartei UMP unterhält. Das Land am Golf investiert zudem seit einigen Jahren eifrig in Frankreich und kauft Aktien, Unternehmensanteile und Sportvereine auf – vom Pariser Fußballclub PSG bis zu Anteilen am Erdölkonzern TOTAL –, zudem sind qatarische Emissäre in den französischen Banlieues (Vorstädten der Ballungsräume) sehr aktiv. Dort finanzieren sie allerdings nicht etwa Djihadisten, sondern eher dynamische Jungunternehmer; in diesem Zusammenhang sind die Botschaften Qatars sowie der USA in den Pariser Banlieues sehr aktiv. Marine Le Pen versuchte nun aber den Eindruck zu erwachsen, dieser „wachsende Einfluss des arabischen Staats Qatar" in Frankreich stehe in engem Zusammenhang mit „der Ausbreitung des radikalen Islamismus". Diese Agitationsschiene soll es erlauben, einerseits die Dinge auch gegen die Regierenden in Frankreich und auf einen Aspekt der als bedrohlich geschilderten „Globalisierung" zuzuspitzen, andererseits – da es gegen schwerreiche Emire gehe – auch eher als „Kritikerin der Reichen und Mächtigen" denn als offene Rassistin zu erscheinen. Die rechtsextreme Politiker versprach im Übrigen, „den radikalen Islam in die Knie zu zwingen". Unter Anspielung auf einen tatsächlichen oder angeblichen Ausspruch Mohamed Merahs. Dieser hatte, sofern die Angaben der ihn belagernden Polizisten des RAID und Nachrichtendienstler zutreffen, ihnen gegenüber seine Befriedigung darüber geäußert, dass er „allein Frankreich in die Knie gezwungen" habe.

Am Sonntag, den 25. März verschärfte Marine Le Pen dann allerdings ihre Gangart auch in Richtung eines offenen Rassismus noch und agitierte auf einer Veranstaltung in einem Zelt in der Nähe von Nantes vor 1500 Menschen: „Wie viele Mohammed Merahs befinden sich in den Booten, in den Flugzeugen, die jeden Tag voll mit Zuwanderern in Frankreich ankommen?" Eimerweise Öl ins Feuer des Ressentiments schüttend, glaubte die Chefin des Front National in die Offensive zu kommen.

Eine ähnliche Schiene fährt auch die außerparlamentarische rechtsextreme Aktivistentruppe Bloc identitaire. Er führte am Samstag, den 24. März in Paris eine Demonstration mit rund 100 bis 150 jungen Teilnehmern gegen „den Einfluss Qatars in Frankreich" durch. Ferner zeichnete der Bloc identitaire sich dadurch aus, dass er eine eigene Webseite unter dem Namen „Mohamed Merah.com" einrichtete. Dort wird die mörderische Karriere Merahs als notwendiger und logischer Auswuchs von Einwanderungsgesellschaft und „Multikulturalismus" bezeichnet. Der „Block" führt seit dem Bekanntwerden der Identität des Täters von Toulouse eine intensive publizistische Kampagne unter dem Motto „Mohamed Merah, eine Chance für Frankreich?" durch. Dieser Titel spielt auf die Überschrift eines im Jahr 1984 publizierten Buches des früheren bürgerlichen Ministers Bernard Stasi an: „Die Einwanderung, eine Chance für Frankreich". An ihm arbeitet sich seit die extreme Rechte nunmehr über 25 Jahren regelmäßig ab, und macht ihn zum Gegenstand von Ironie und Sarkasmus – auf manchen rassistischen Webseiten etwa werden quasi täglich diverseste Straftaten mit der Charakterisierung des „immigrantischen" Täters als „CPF" (Abkürzung für „Une chance pour la France") verbucht.

Sarkozy wechselt auf rassistische Schiene über

Den „Argumenten" Marine Le Pens widersprach zunächst sogar Nicolas Sarkozy, der in den Wochen vor den Morden von Toulouse noch zum Teil versucht hatte, ihren Front National rhetorisch von rechts zu überholen: „Es ist unsinnig, einen Gleichheitsstrich zwischen Mohamed Merah und Einwanderung zu setzen." Allerdings existiert dabei ein großes Aber – auch Sarkozy selbst schlug nämlich 48 Stunden später, bei einer Veranstaltung in Nantes (in derselben westfranzösischen Region wie Marine Le Pen zwei Tage zuvor) am 27. März, in dieselbe Kerbe und appellierte explizit ans Ressentiment: „Wie sollen wir integrieren, wie sollen wir assimilieren, wenn eine unkontrollierte Flutwelle an Zuwanderung ohne Ende alle Anstrengungen der Republik zunichte macht? (...) Das für Einwanderung wie ein Sieb offene Europa – das ist vorbei!" Am Mittwoch Abend – 28. März – in der Nähe von Versailles wiederholte Nicolas Sarkozy scharfe Angriffe auf das angebliche Phänomen einer, von ihm behaupteten, unkontrollierten Masseneinwanderung.

Bernhard Schmid, Paris ■

Dokumentiert: Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetags vom 8. Februar 2012 in Freiburg

Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

1. Das Präsidium schließt sich der Forderung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15.12.2011 an, ein NPD-Verbot sowie ein Verbot von Tarnorganisationen anzustreben.

2. Der Deutsche Städtetag und seine Mitgliedsstädte engagieren sich seit langem und auf vielfältige Weise gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Die aktuellen Vorgänge um die Terror-Organisation „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) machen erneut deutlich, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus bzw. rechtsextremistische Tendenzen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt und auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft kontinuierlich geführt werden muss.

3. Für eine wirksame Bekämpfung des Rechtsextremismus erscheint eine Vernetzung der vorhandenen Akteure insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene wichtig. Städte und Gemeinden sollten sich gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aktiv an „Bündnissen gegen Rechts" beteiligen oder solche selbst initiieren. Auch die Einrichtung von „Fachstellen gegen Rechtsextremismus" in den Kommunen stellt ein wirksames Instrument zur Bündelung der Aktivitäten dar. Damit bereits bestehende kommunale Netzwerke und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus nachhaltig wirken können, fordert der Deutsche Städtetag die Bundesregierung auf, Bundesprogramme zu intensivieren und weiterzuentwickeln, die die stetige Vernetzung von Akteuren sowie die Entwicklung und Umsetzung lokaler Handlungsstrategien und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus nachhaltig fördern.

4. Kommunalverwaltungen widmen sich im Rahmen der ihnen eigenen Möglichkeiten dem Kampf gegen Rechtsextremismus, beispielsweise:

- indem sie sich an der Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger beteiligen (Podiumsdiskussionen, Flugblätter, Informationsfluss),
- indem sie über ihre eigenen Verteiler schnell und mit inhaltlichen Argumenten reagieren, wenn an Schulen oder in Kindergärten rechtsextreme Flugblätter auftauchen,
- indem sich kommunale Ordnungsämter bundesweit vernetzen und darüber austauschen, wie man gegen rechtsextreme Demonstrationen vorgehen kann (Verbote, Auflagenbescheide).

5. Der Deutsche Städtetag prüft die Einrichtung einer Arbeitsgruppe der Kommunen gegen Rechtsextremismus sowie die Wiederaufnahme einer seinerzeit eingerichteten Datenbank im Mitgliederservice des Deutschen Städtetages zu kommunalen Initiativen und Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus im Sinne des Erfahrungsaustausches.

6. Die Hauptgeschäftsstelle wird gebeten, einen Erfahrungsaustausch über den Umgang mit rechtsextremen Mandatsträgern und über kommunale Handlungsstrategien durchzuführen. ■

PRO ASYL startet Kampagne gegen die Inhaftierung von Flüchtlingen

Mit den steigenden Flüchtlingszahlen füllen sich Europas Haftanstalten. Denn ein Großteil der Menschen, die auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung nach Europa fliehen, landen in Haft: In Griechenland, Ungarn und Malta werden Flüchtlinge und Asylsuchende systematisch inhaftiert – meist unter menschenunwürdigen Bedingungen, oft ohne Aussicht auf juristischen Beistand und für mehrere Monate. Wer schließlich freigelassen wird, landet auf der Straße. Auch in Deutschland werden Flüchtlinge inhaftiert. Dies trifft mit zunehmender Tendenz jene Flüchtlinge, die vor Haft und Obdachlosigkeit in anderen EU-Staaten nach Deutschland weiterfliehen. Mittlerweile sind rund die Hälfte der Abschiebungshäftlinge hierzulande sogenannte „Dublin-Fälle" – Menschen, die festgenommen und inhaftiert werden, weil sie nach der europäischen Dublin-II-Verordnung zurück in das Land abgeschoben werden sollen, in dem sie erstmals den Boden der EU betreten haben. Das durch die Dublin-II-Verordnung geregelte europäische Asylzuständigkeitssystem führt EU-weit dazu, dass Flüchtlinge hin- und hergeschoben und immer wieder inhaftiert werden. Dennoch setzt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich auf EU-Ebene alles daran, dass das System in seiner jetzigen Form bestehen bleibt. Er blockiert alle Vorschläge der EU-Kommission, das System zugunsten der Rechte von Flüchtlingen zu reformieren.



Im Rahmen der Kampagne „Flucht ist kein Verbrechen!" fordert PRO ASYL den Bundesinnenminister mit einer E-Mail-Aktion auf, seinen Widerstand gegen eine Verbesserung des Flüchtlingsschutzes auf europäischer Ebene aufzugeben, sich europaweit gegen die Inhaftierung von Flüchtlingen einzusetzen und Schutzsuchende nicht länger in EU-Länder abzuschieben, in denen elende Aufnahmebedingungen herrschen, kein faires Asylverfahren möglich ist und Flüchtlinge fürchten müssen, in Haft genommen zu werden. Mehr Informationen zur Kampagne unter http://www.flucht-ist-kein-verbrechen.de.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 29. März 2012 ■

„Abschiebung ins Elend"

Im November 2011 legten die Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen dem Thüringer Landtag einen gemeinsamen Antrag vor, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, im Rahmen eines so genannten Wintererlasses alle Abschiebungen in den Kosovo, Montenegro, Albanien und Serbien bis mindestens Ende April 2012 auszusetzen und sich auf Bundesebene für ein generelles Verbot von Abschiebungen in den Kosovo sowie für ein Verbot von Abschiebungen von aus dem Kosovo stammenden Menschen in die Republik Serbien einzusetzen. Anlass sind die nach wie vor andauernden katastrophalen Lebensumstände für die Angehörigen der so genannten ethnischen Minderheiten, die in besonderem Maße von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind.

Anstatt dem Antrag zuzustimmen, wurde dieser durch die Landtagsmehrheit in den Innenausschuss zur weiteren Beratung verwiesen und so ein Wintererlass letztlich verunmöglicht. Auf Antrag der Koalition von SPD und CDU verabredete sich der Innenausschuss, ohne sich für eine Aussetzung der Abschiebungen auszusprechen, Anfang März in den Kosovo zu reisen, um sich selbst ein Bild über die Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma und Ashkali zu machen. Zahlreiche Gespräche mit VertreterInnen der kosovarischen Regierung und nicht-staatlichen Organisationen, aber auch mit OSZE und KFOR fanden statt.

Für die Fraktionen, die sich um den besonderen Schutz der Roma und Ashkali vor Abschiebungen einsetzten, nahmen Sabine Berninger, Astrid Rothe-Beinlich und Matthias Bärwolff an der parlamentarischen Delegation teil. Die Landtagsabgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen werden auf Einladung des Flüchtlingsrates Thüringen über Ergebnisse der Delegation, über ihre Eindrücke und über die wahrgenommene Lebenssituation im Kosovo berichten und mit Bildern und Videos dokumentieren.

PM Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ■

Niedersachsen: Liberalere Flüchtlingspolitik?

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat angekündigt, er wolle die Flüchtlingspolitik mit einer neuen Bleiberechtsregelung und einer Reform der Härtefallfallkommission liberaler gestalten. Dazu erklärte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann:

„Nach den Skandalen der letzten Zeit muss Herr Schünemann Mitgefühl demonstrieren, wenn er die empörte Öffentlichkeit besänftigen will. Ob er es tatsächlich ernst meint mit einer liberaleren Flüchtlingspolitik, kann er jedoch nur zeigen, indem er seinen Ermessensspielraum künftig konsequent im Sinne der Humanität auslegt. Als erstes muss er die Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten in das Kosovo bis auf weiteres stoppen. Außerdem muss er die Härtefallkommission als politische Instanz stärken – es reicht nämlich nicht aus, dass ein Härtefall künftig bereits mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann: Die Hürden für den Zugang zur Kommission sind weiterhin zu hoch, und Flüchtlingsorganisationen sind weiterhin nicht in der Kommission vertreten."

Quelle: DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag 16.3.2012 ■

Strukturellen Rassismus in den Blick nehmen

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus am 21.3., an dem sich der Thüringer Landtag auf Antrag der Linksfraktion in einer Aktuellen Stunde mit der Situation von Flüchtlingen in Thüringen beschäftigte, erklärte die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger: „Wenn rassistische Einstellungen in Gewalt gegenüber Migranten und vermeintlich Fremden kulminieren, ist die politische Empörung und die Solidarisierung mit den Opfern zu Recht groß. Der Internationale Tag gegen Rassismus nimmt darüber hinaus die Verantwortung wahr, die gesellschaftliche Verbreitung rassistischer Einstellungen in den Fokus zu rücken und auch auf vorhandene strukturelle Diskriminierungen hinzuweisen."

Die Abgeordnete erinnert an die Zustimmungswerte aus dem Thüringen-Monitor zu rassistischen Aussagen, die erschreckend hoch seien und „Auskunft über den alltäglich erfahrbaren Rassismus geben". Derartigen Einstellungen zu begegnen, sei eine gesellschaftliche Aufgabe, der sich auch der Gesetzgeber in Thüringen stellen müsse. Die Diskriminierung von Flüchtlingen per Gesetz durch nur für sie geltende Sondergesetze manifestiere hingegen „verbreitete ablehnende Haltungen gegenüber Menschen, die aus Not und Furcht ihr Herkunftsland





Am 30.3. fanden an den Flughäfen in Hamburg, München, Frankfurt, Berlin und Düsseldorf im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags gegen das so genannte Dublin II-Abkommen Proteste gegen die regelmäßigen Abschiebungen von diesen Flughäfen statt. Mehr Infos unter: http://dublin2.info/ Fotos: Hamburg

verlassen mussten", so Berninger weiter.

Die Abgeordnete betont: „Die Abschaffung der die Bewegungsfreiheit einschränkenden Residenzpflicht und des Asylbewerberleistungsgesetzes, welches das gesetzliche Existenzminimum nicht sichert, sowie eine notwendigerweise soziale und rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen mit hier lebenden Menschen sind dringende Voraussetzungen, Rassismus in den Köpfen der Menschen abzubauen und für eine glaubhafte Politik der Beachtung der allgemeinen und universellen Gültigkeit der Menschenrechte."

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wird sich der Thüringer Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit der Beseitigung der Diskriminierung von Flüchtlingen als einen notwendigen Beitrag zum Abbau rassistischer Einstellungen in Thüringen beschäftigen.

Quelle: http://www.die-linke-thl.de 20. März 2012 ■

Verdachtsunabhängige Kontrollen: Nach der Hautfarbe aussuchen

Ein deutsches Gericht hat der Polizei ausdrücklich erlaubt, bei so genannten verdachtsunabhängingen Kontrollen Menschen nach der Hautfarbe auszusuchen. Damit wird eine rassistische Praxis explizit erlaubt. Der Alltagsrassismus in Deutschland hat viele Dimensionen – und einige davon werden von deutschen Gerichten ausdrücklich als legal betrachtet. Das Koblenzer Verwaltungsgericht wies die Klage eines Mannes ab, der aufgrund seines Aussehens von der Polizei für einen illegalen Ausländer gehalten wurde (Az. 5 K 1026/11.KO). Als der Mann sich weigerte sich zu identifizieren, wurde zunächst sein Rucksack durchsucht. Es kam zu einem Wortgefecht, letztlich wurde die Identität an Hand seines Führerscheins auf einer Polizeiwache festgestellt.

Das Gericht stellte fest, dass die polizeiliche Praxis, vermeintliche Verdächtige über ihre Hautfarbe zu bestimmen, legal sei. In einer Pressemitteilung der zuständigen Justizbehörde heißt es dazu:

„Beamte der Bundespolizei dürfen Reisende jedenfalls auf Bahnstrecken, die Ausländern zur unerlaubten Einreise oder zu Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz dienen, verdachtsunabhängig kontrollieren. Es ist ihnen bei Stichprobenkontrollen nicht verwehrt, die Auswahl der anzusprechenden Personen auch nach dem äußeren Erscheinungsbild vorzunehmen. Dies ergibt sich aus einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Koblenz."

Die rassistische Praxis, Menschen bestimmter Hautfarbe verdachtsunabhängig zu kontrollieren oder ihnen bestimmte Straftaten zuzuordnen, wird somit richterlich sanktioniert. Obendrein dürfen sich die Beamten in ihrer offenbar ohnehin vorhandenen Vorstellung, wonach People Of Colour per se keine Deutschen sind, auch noch bestätigt fühlen.

Es geht also gar nicht um Ausländer als solche oder um illegale Ausländer, sondern um Menschen, die aussehen wie die Polizei sich Armutsflüchtlinge vorstellt. Die rassistische Praxis soll die Festung Europa vor Armutsmigration aus Afrika und Asien schützen. Und wenn dieser Schutz bedeutet, dass Einheimische mit entsprechendem Aussehen diskriminiert werden, dann nehmen das Polizei, Politik und Justiz zumindest billigend in Kauf. Alltagsrassismus wird geduldet und gesetzlich erlaubt.

Quelle: http://antifadueren.blogsport.de 28.03.2012 ■

Klare Absage an Rassismus und Rechtsextremismus

DÜSSELDORF. Am Wochenende verlieh der gewerkschaftliche Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!" zum sechsten Mal die Gelbe Hand. Die Auszeichnung wird für besonderes Engagement für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt an Berufsschülerinnen, Berufsschüler und alle Jugendliche, die sich in einer beruflichen Ausbildung befinden, vergeben.

Die Schirmherren des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand" 2011/2012, Nordrhein-Westfalens Minister für Arbeit und Integration, Guntram Schneider sowie der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Franz-Josef Möllenberg übergaben in Düsseldorf die Preise.

Guntram Schneider lobte in seiner Rede das Engagement des Kumpelvereins: „Die ‚Gelbe Hand' ist das Symbol gegen Rassismus geworden. ‚Mach meinen Kumpel nicht an' sagt deutlich: Wir stehen im Betrieb beieinander. Wer ausgrenzt, den erwartet unser Widerstand. (…) Auch nach über 25 Jahren brauchen wir das gemeinsame Engagement des Kumpelvereins wie eh und je. In dieser Zeit ist unser Land durch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vielfältiger, bunter und reicher geworden. Doch nach wie vor gilt: Diskriminierung und Rassismus hören nicht am Werkstor auf."

Franz-Josef Möllenberg betonte, wie er von der Kreativität beeindruckt sei, mit der „Menschlichkeit, Miteinander und Absage an Gewalt als Botschaften" in den prämierten Beiträgen transportiert worden seien.

Den ersten Preis gewannen Sebastian Tammen, Andy Hülsing, Jannes Pollmann und Martin van Scharrel, Schüler der Berufsbildenden Schulen (BBS) I in Leer (Niedersachsen) für den Beitrag „nur weil ich anders bin". Mit dem zweiten Preis wurden die Auszubildenden der Rheinbahn AG in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) für den Beitrag „Die Azubis der Rheinbahn AG gegen Rassismus" ausgezeichnet. Der dritte Preis ging an Hamed Salman Chaudhry, einen Berufsschüler aus Jagel (Schleswig-Holstein) für den Beitrag „Ankerwurf im ‚Hafen Deutschland'". Der Sonderpreis der DGB Jugend NRW wurde den Schülerinnen und Schülern des Eduard-Spranger-Berufskollegs aus Hamm für den Beitrag „3 Bewerber – gleiche Chance?!" verliehen. Die DGB Jugend Duisburg-Niederrhein erhielt den Sonderpreis NRW für den Beitrag „2. Mai 1933 – Tatort Duis-

burg". Auch in diesem Jahr gelang es dem Kumpelverein, Jugendliche zu motivieren, ihre Stimme gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu erheben und aktiv zu werden. Die Gewinnerinnen und Gewinner machten in ihren Beiträgen deutlich, dass sie in einer offenen und von Akzeptanz geprägten Gesellschaft leben möchten. Sie zeigten, wozu Rassismus und Rechtsextremismus fähig sind und riefen dazu auf, gemeinsam Widerstand zu leisten.

Quelle: Pressemeldung: Gelbe Hand 18.3.2012 ■

Asyl-Bundesamt hält an skandalöser Anhörungspraxis fest

„Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge will an der skandalösen Praxis festhalten, Asylsuchende mittels Videokonferenztechnik anzuhören" so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Das Bundesamt hat heute dem Innenausschuss des Bundestages entsprechende Eckpunkte vorgelegt. Jelpke weiter:

„Nach Ansicht von Rechtsexperten ist die Durchführung von Asylanhörungen mittels Videokonferenztechnik klar rechtswidrig. Asylsuchende haben einen Anspruch, persönlich angehört zu werden. Statt mit einem realen Behördenvertreter sollen die Asylsuchenden weiterhin persönlichste Details vor einer Videokamera offenbaren. Dass die Union in der Sitzung des heutigen Innenausschusses von ihrer ablehnenden Haltung wieder abgerückt ist, ist enttäuschend.

Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorgestellten Einschränkungen im Vergleich zur bisherigen Anwendungspraxis beheben das grundsätzliche Problem nicht. Neu sind daran ohnehin nur Selbstverständlichkeiten, etwa dass die Asylsuchenden sich mit dieser Form der Anhörung eindeutig einverstanden erklären müssen. Es bleibt jedoch dabei, dass der Grundsatz der persönlichen Anhörung aufgeweicht werden soll. DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach Abschaffung der Videokonferenztechnik bei Asylanhörungen."

Berlin, den 28. März 2012
Ulla Jelpke ■

Türkische Polizei verletzt kurdischen Politiker schwer

Im Rahmen des kurdischen Newrozfestes beschoss die türkische Polizei am 20. März das Gebäude der im Türkischen Parlament vertretenen Demokratischen Friedenspartei BDP in der Stadt Cizre aus Panzerwagen und mit Maschinenpistolen, um es anschließend zu stürmen. Eine deutsche Menschenrechtsdelegation berichtet, dass Polizisten mit Gewehrkolben auf den BDP-Vorsitzenden von Cizre einschlugen und ihm dabei Wangenknochen und Kinn zertrümmerten.

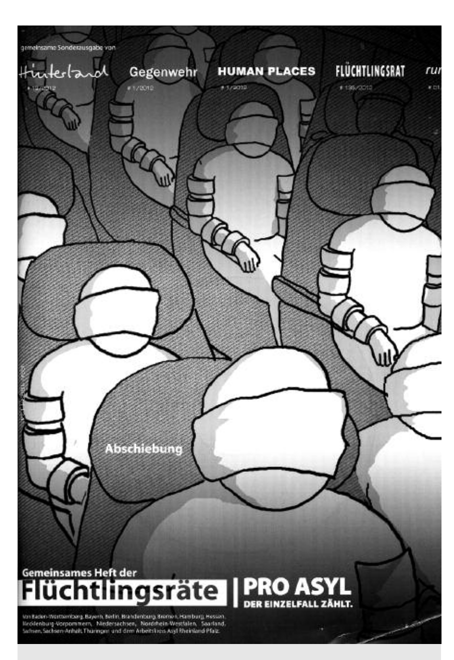
Zudem schossen die Sicherheitskräfte Tränengasgranaten ins Gebäudeinnere und zerstörten nahezu sämtliche Einrichtung. Auf dem Dach füllten sie Tränengas in die Trinkwasseranlage des Hauses. Das gesamte Gebäude ist verwüstet, überall befinden sich Einschusslöcher. Auch das Büro des Bürgermeisters der Stadt wurde zerstört.

Zuvor war es in der Stadt nahe der irakischen Grenze zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, als die Polizei feiernde Menschen mit Tränengasgranaten und scharfer Munition beschoss. Dabei ist ein Polizist Augenzeugenberichten zufolge durch eine fehlgeleitete Polizeikugel getötet worden. Die Menschen flohen in das Gebäude der BDP, dessen Tor vor der Erstürmung mit einem Panzerwagen aufgebrochen wurde. Die Polizei nahm ca. 70 Menschen fest.

Die BDP Abgeordneten M. Birtane, H. Aksoy und E. Kürktu sowie Ahmet Turk wurden im Verlauf der Newrozfeierlichkeiten an verschiedenen Orten ebenfalls von Polizeibeamten angegriffen und verletzt, Haci Zengin durch eine Tränengasgranate getötet. 679 Menschen wurden festgenommen. Durch die „Anordnung", das Newrozfest lediglich am 21.3. feiern zu dürfen, haben die türkischen Behörden eine Eskalation der Situation provoziert. In den letzten Jahren waren die kurdischen Neujahrsfeste in der Woche um den Newroztag, den 21.3., genehmigt worden, um der Bevölkerung das Feiern auch am Wochenende zu ermöglichen. Aufgrund dessen verliefen sie friedlich.

„Wir verurteilen den Einsatz von Gewalt und Waffen gegen Menschen, durch den bewusst schwere Verletzungen oder der Tod in Kauf genommen werden, aufs Schärfste. Von der EU und der Bundesregierung erwarten wir dass sie politische Maßnahmen zur Verhinderung weiteren unnötigen Blutvergießens unternimmt. Die Türkische Regierung muss durch politischen Druck dazu bewegt werden, ihre Orientierung auf Repression und militärische Gewalt zu beenden und einen Friedensdialog mit der kurdischen Seite zu suchen."

Heidrun Dittrich, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Ingrid Remmers, MdBs DIE LINKE, Jürgen Klute, MdEP DIE LINKE, Cansu Özdemir, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, Bärbel Beuermann, Mitglied des Rates der Stadt Herne, Ali Atalan, DIE LINKE NRW, Hamide Akbayir, DIE LINKE NRW Martin Dolzer, Soziologe, Yilmaz Kaba, Landesvorstand DIE LINKE Niedersachsen ■



Neue Hinterland: „Abschiebung"

Die gemeinsame Ausgabe 2012 der Flüchtlingsräte ist fertig und widmet sich dem Thema **ABSCHIEBUNG** – dem Prozedere an sich – aber auch den an der Durchführung beteiligten Institutionen und Personen, seien es Ärztinnen und Ärzte oder Beamte und Beamtinnen in den Ausländerbehörden oder Delegationen aus den vermeintlichen Herkunftsstaaten der „Ausreisepflichtigen".
Wo von Abschiebung die Rede ist, dürfen Frontex und Dublin II natürlich nicht fehlen. Einen Überblick darüber, in welche Staaten die BRD im Jahr 2010 in welchem Ausmaß abgeschoben hat, gibt unsere Welt- und Europakarte.
Mit Beiträgen von: Hubert Heinhold, Christian Jakob, Anke Schwarzer, Dirk Burczyk, Johanna Strecker, Uli Sextro, Kai Weber, Stephan Dünnwald, Eva LilithSeidlmayer, Anke Lübbert, Till Schmidt, Matthias Weinzierl, Timmo Scherenberg, Stephan Kessler, Caspar Schmidt, Frank Gockel, Winfrid Eisenberg, Hagen Kopp, Dieter Müller, Tim Landauer, Initiative gegen Abschiebehaft, Beate Selders & Angelika Nguyen
Darüber hinaus gibt es als CD-Heftbeilage das Hörspiel „Egzon" des Autoren Björn Bicker, welches das Schicksal einer aus Deutschland in den Kosovo abgeschobenen Roma-Familie thematisiert.

Zu bestellen bei Ihrem Flüchtlingsrat vor Ort oder unter **www.hinterland-magazin.de**

Das gemeinsame Heft der Flüchtlingsräte 2012 ist ein Kooperationsprojekt der Flüchtlingsräte von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und des Arbeitskreises Asyl Rheinland-Pfalz.

Saul Friedländer „Das Dritte Reich und die Juden“

Kürzlich nahm ich an einer Konferenz in Riga zum Thema „Die extreme Rechte im Baltikum“ teil (siehe AN 6-2012). Um mich über den historischen Background zu informieren, las ich Friedländers Buch. Trotz einiger Schwächen kann man/frau es als „Klassiker“ auf diesem Gebiet einstufen.

Friedländer nähert sich dem grauenhaften Leidensweg der Juden Europas und dem schließlichen Holocaust in zwei weit ausholenden analytischen Schritten: „Die Jahre der Verfolgung 1933 - 1945“ bzw. „Die Jahre der Vernichtung 1939 - 1945“.

In der „Einleitung“ für den zweiten Abschnitt (S. 365ff) umreißt Friedländer seinen begrifflichen Rahmen. Obwohl er selbst für einen „integrativen“ Ansatz plädiert (S. 368), spricht er sich schließlich für die herausragende Rolle der Ideologie aus (S. 369).

Dies greift meines Erachtens zu kurz bzw. gewichtet zu einseitig. Denn Ideologie ist wandelbar. Den Nazis ging es vor allem um die Machteroberung/-erhaltung. Dem wurde viel geopfert – insbesondere um anfänglich im Bündnis mit den Konservativen, der Reichswehr, Hindenburg zu sein. Bekanntlich entledigte sich Hitler 1934 in der „Nacht der langen Messer“ Röhms und enthauptete damit die SA – seine früheren „Sturmtruppen“.

Hitler hatte auch für den „Chefideologen“ Alfred Rosenberg wenig übrig. Für Lueger hingegen, der den Antisemitismus „in großem Stil“ funktional einsetzte und damit reüssierte, gibt es in „ Mein Kampf“ dicke Elogen.

Eine andere Sache ist es – zu recht – die *relative* Autonomie des mörderischen Antisemitismus der Nazis zu unterstreichen. Um es auf den Punkt zu bringen: die Todeszüge rollten weiter – ja mehr denn je! – in die Vernichtungslager, auch wenn es für die Erhaltung der Nazi-Herrschaft „rationaler“ gewesen wäre, Juden „kriegswichtig einzusetzen“ – davon weiter unten.

Die Nazis konnten auf einem breiten, historisch gewachsenen Sockel des Judenhasses aufbauen – etwa dem christlichen Antijudaismus. Der Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium, die Revolutionen am Ende des Ersten Weltkriegs, die Umbrüche in Osteuropa und der damit verbundene Exodus vieler „Ostjuden“ sowie die Fragilität der Weimarer Republik führten zu einer dramatischen Verschärfung des Antisemitismus.

Von Anfang an war für die Braunen die Hetze gegen „den“ Juden zentral. Aber deren konkrete Handhabung war durchaus „taktisch“ wandelbar, flexibel – um etwa – wie oben skizziert – mit den traditionellen Eliten ins politische Geschäft zu kommen.

Nach der Machteroberung 1933 (ohne Umsturz! – sondern durch Übergabe der Macht durch die führenden Kräfte der Bourgeoisie) gibt es eine gewaltige Steigerung der „Maßnahmen“ gegen Juden: zunehmend gewalttätige Übergriffe, Absonderung, Nürnberger Rassengesetze, „Judenstern“ etc.

Mit dem Überfall auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkrieg kommt es zu einem neuerlichen qualitativen Sprung: ein Großteil der polnischen Intelligenz wird umgebracht, für die Juden entstehen Ghettos – diese wieder werden „dezimiert“, verlegt, „geräumt“, schließlich der „Vernichtung“ zugeführt.

Aufbauend auf den „Erfahrungen“ mit der Euthanasie kommen die ersten Gaswägen. Schließlich entstehen riesige Vernichtungslager, in denen mit Akribie systematisch gemordet wird. Spezielle Stäbe erledigen das blutige Geschäft, willige HelferInnen aus den besetzten Ländern leisten breite „Zuarbeit“ (z. B. in den baltischen Ländern oder der Ukraine). Aber auch nach Stalingrad geht das systematische Hinschlachten ungebrochen weiter, erfährt sogar noch Steigerungen. Exemplarisch sei hier auf das Horror-Schicksal der ungarischen Juden verwiesen. Bis zum bitteren Ende 1945 geht das systematische Morden weiter.

Es gibt also eine relative Autonomie des gewalttätigen Antisemitismus, eine Verselbständigung. Das Morden ist als *Prozess*, als interaktives Handeln und Wirken zu verstehen. Die permanente Aufschaukelung erfolgt über „Führerbefehle“, Wannsee-Konferenz usw. und gleichzeitig vorauseilenden Gehorsam – eigener statt angeordneter Aggression – etwa nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938. Wie Friedländer festhält: Selbst Hitlers mörderische Wut ... lasse nicht darauf schließen, dass es in den Jahren vor dem Einmarsch in die Sowjetunion Planungen für eine totale Vernichtung gab (S. 15).

Nur in der Zusammenschau („Synopsis“) der Einzelschritte ist ein Begreifen des Nationalsozialismus im Allgemeinen und des Holocaust im Besonderen möglich. Saul Friedländers Buch liefert dazu einen ganz entscheidenden Beitrag.

Hermann Dworczak ■

Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. DTV München 2008, 1317 Seiten, 20,50 Euro

Ausstellung vom 5. April bis 3. Mai

STUTTGART. Die Wanderausstellung „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht. – Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933-1945“ ist im Stuttgarter Gewerkschaftshaus zu Gast. Zuvor war sie bereits vom 12. März bis zum 3. April in Heilbronn zu sehen. Die Ausstellung entstand in Kooperation des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin, der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und der Hans-Böckler-Stiftung des DGB.

Am 2. Mai 1933 besetzten Mitglieder der SA und der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation in einer präzise vorbereiteten Aktion Büros, Banken und Redaktionshäuser der im ADGB organisierten Freien Gewerkschaften. Führende Funktionäre wurden in „Schutzhaft“ genommen und die Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt. Viele Gewerkschafter organisierten sich in Widerstandsgruppen oder bekämpften als Emigranten das NS-Regime. Tausende von ihnen wurden Opfer der NS-Herrschaft, viele verloren ihr Leben. Die Wanderausstellung erinnert an das Schicksal von Gewerkschaftern, die verfolgt und in Konzentrationslagern inhaftiert waren.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Machtansprüche und Einwanderung

Junge Freiheit Nr. 11/12 vom 9. März 2012

Innenminister Friedrich hat eine neue Einwanderungs-Studie vorgelegt, die auf deutliche Kritik aus den Reihen der Einwandererorganisationen und aus Reihen der SPD, der Grünen und der Linken stößt. Für das Blatt ist die Studie mal wieder eine Erleuchtung.

Es schlussfolgert:

„Es geht um die künftige Machtverteilung in Staat und Gesellschaft. Der Machtanspruch der Özoguz', Kolatsk, Kizilkayas und ihrer politischen Verbündeten beruht freilich auf einem Zerrbild der Wirklichkeit, das mit der Lebenswelt einer immer größeren Zahl von Deutschen schlicht nicht übereinstimmt. Thilo Sarrazin hat deutlicher als der Bundesinnenminister darauf hingewiesen – ‚niemand muss in Deutschland leben, wenn er unsere kulturellen Werte nicht teilt und den Westen verachtet' – und die einzig sinnvolle Konsequenz eingefordert: eine Einwanderungspolitik, die ‚stärker auf Ähnlichkeit in den kulturellen Werten achtet'."

Die kulturellen Werte haben Nazis nicht am Morden gehindert und waren keine Garantie dagegen, biedere Polizeibataillone zu Schlächtern verkommen zu lassen.

Im Gegenteil – Bedingung für die geschehenen tausendfachen Morde der Nazis war, dass ein Teil der Bevölkerung als nicht dazugehörig stigmatisiert war.

Das ist für das Blatt kein Thema, im Gegenteil – ohne die Stigmatisierung von integrationsunwilligen Ausländern funktioniert das deutsche Nationalgefühl nicht.

Die Abschiedslegende zu Wulff

Junge Freiheit Nr. 12/12 vom 16. März 2012

Die Vorgänge um den Großen Zapfenstreich zur Verabschiedung des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff nimmt das Blatt zum Anlass, eine neue Verschwörungstheorie in die Welt zu setzen, obwohl es Christian Wulff spätestens seit seiner Feststellung, der Islam gehöre zu Deutschland, scharf angriff: Nicht Wulffs persönliche Verfehlungen seien Anlass für seinen Rücktritt, sondern eine Rede, die er Ende August vor Nobelpreisträgern der Wirtschaftswissenschaft gehalten habe. Dort hatte Wulff erklärt, er halte den Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB für bedenklich. Das Blatt: „Wulff erschien bei dieser Gelegenheit als das sprichwörtlich blinde Huhn, das endlich ein Korn gefunden beziehungsweise dem ein inspirierter Redenschreiber eines untergeschoben hat. Ohne es zu ahnen, sprach er damit sein politisches Todesurteil aus … Damit war Wulff objektiv zu einem Störfaktor für die internationale Hochfinanz geworden, die danach giert, die deutsche Finanzkraft abzusaugen."

Diese „internationale Hochfinanz" – an der deutsches Kapital gehörig beteiligt ist – habe mit Hilfe der „Journaille" den Bundespräsidenten zum Rücktritt getrieben.

Neuwahl in Nordrhein-Westfalen

Junge Freiheit Nr. 13/12 vom 23. März 2012

Das Blatt sieht in der gesamten rechtsextremen Ecke keine Partei, die Aussicht auf einen Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag hat und räsoniert deshalb über die Situation der CDU. Dem Spitzenkandidaten Norbert Röttgen wirft es vor:

„Einen nichtlinken Gegenentwurf zu Rot-Grün hat er nicht, schwarzgrüne Anbiederung ist sein Machtrezept, und dafür liegen die Karten an Rhein und Ruhr schlecht … Nicht nur FDP und Linke – es interessiert schon niemanden mehr, ob die Kommunistentruppe ein linkes Bündnis anstrebt oder Fundamentalopposition – schaffen sich selber ab, auch die CDU hat sich in ihrer machtfixierten Beliebigkeit zunehmend überflüssig gemacht in der linksgrünen Republik, der sie selbst den Weg bereitet hat. Solange die Union weiter ihre konservativen Wurzeln eigenhändig ausreißt, bestimmen die Grünen – egal ob in der Regierungs- oder der Oppositionsbank – die Richtlinien der Politik."

So schreibt sich das Blatt die Wirklichkeit zurecht – egal, wer in der Regierung ist und welchen Einfluss SPD und Grüne tatsächlich auf die Regierungspolitik haben.

In derselben Ausgabe veröffentlicht das Blatt das Ergebnis einer eigenen Internetumfrage zur Frauenquote – danach sind 62,8 % der Anhänger des Blattes der Meinung, „Nein, Kompetenz ist wichtiger als das Geschlecht" und 33,4 % unterstützen die Forderung „Nein, der Staat sollte sich nicht in die Personalentscheidungen von Unternehmen einmischen."

Im Weltbild des Junge-Freiheit-Umfelds gehört die Frau an den Herd und nicht in den Beruf.

Die Piraten als Retter der FDP?

Junge Freiheit Nr. 14/12 vom 30. März 2012

Den Erfolg der Piraten-Partei im Saarland wertet Chefredakteur Dieter Stein als Erfolg eines „Anti-Establishment-Kurses". Sie träfen damit „auf sympathische Weise" den Wählerwillen: „Eine Mehrheit der Bürger hat inzwischen die Nase voll vom ritualisierten, selbstreferentiellen Betrieb der politischen Klasse."

Wie sich diese Mehrheit in – beachtlichen – 7,4 % abbildet, schert den Autor nicht. Stattdessen gibt er den Rat, endlich einen eindeutigen Anti-EU-Kurs einzuschlagen:

„Da die Piraten sich nicht an dieses Thema heranwagen, wäre dies die allerletzte Chance für die FDP."

Über die Kandidatur von Pro NRW zur Landtagswahl berichtet das Blatt in einer Meldung und zitiert den Spitzenkandidaten Markus Beisicht, der eine „Kampagne mit maximaler Provokation" angekündigt hat – die unter anderem in antiislamischen Kundgebungen vor 25 Moscheen in Nordrhein-Westfalen bestehen soll.

Ulrike Detjen ■